

# PLANSPIELE

## Festung Europa?

Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU



3., überarbeitete und erweiterte Auflage

### **Herausgeber**

Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg (LpB)  
Staffenbergstraße 38  
70184 Stuttgart  
Telefon: 0711.164099-0  
Telefax: 0711.164099-77  
E-Mail: lpb@lpb-bw.de  
Internet: www.lpb-bw.de

### **Konzeption und Entwurf**

Stefanie Christ  
Dr. Alexander Ruser

### **Überarbeitung**

Robby Geyer  
Björn Nepple

### **Redaktion**

Robby Geyer

### **Gestaltung**

Christoph Morlok

### **Druck**

WIRmachenDruck GmbH, Backnang

### **Titelfoto**

© Picture Alliance

### **Redaktionsschluss**

September 2016

ISBN 978-3-945414-24-8

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>Das Planspiel als Methode der politischen Bildung</b> .....	<b>4</b>
<b>Thematische Einführung</b> .....	<b>8</b>
<b>M1: Ablaufplan Planspiel</b> .....	<b>14</b>
<b>M2: Szenario – Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU</b> .....	<b>15</b>
<b>M3: Rollenkarten</b> .....	<b>18</b>
<b>M4: Geschäftsordnung des Europäischen Rates</b> .....	<b>62</b>
<b>M5: Abschlusserklärung</b> .....	<b>63</b>
<b>M6: Glossar zum Planspiel</b> .....	<b>64</b>
<b>M7: Lösungsvorschläge</b> .....	<b>66</b>
<b>Informationsquellen und Literatur</b> .....	<b>68</b>

Mit „Festung Europa?“ erscheint in der Planspiel-Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein Planspiel, welches die Asyl- und Flüchtlingsproblematik thematisiert. Nachdem die beiden ersten Auflagen schnell vergriffen waren, haben wir uns entschieden, eine dritte überarbeitete und aktualisierte Auflage zu veröffentlichen.

Die Bilder von gestrandeten Flüchtlingsbooten oder gar von Menschen, die bei der Flucht ums Leben gekommen sind, sowie von überfüllten Flüchtlingslagern sind in trauriger Regelmäßigkeit in den Nachrichten zu sehen. Gerade in den letzten Jahren stieg durch Kriege und Konflikte, aber auch durch eine unzureichende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einigen Weltregionen die Zahl der Menschen, die in Europa Asyl und Zuflucht suchen, wieder an. In jüngster Zeit kam es deshalb auf europäischer Ebene, aber auch Bundes- und Landesebene zu verschiedenen Flüchtlingsgipfeln.

Durch die Schaffung des Schengen-Raums, in dem nationale Grenzkontrollen weitestgehend abgeschafft sind, ist das Thema Migration zu einer gemeinsamen Aufgabe der Europäischen Union (EU) bzw. der teilnehmenden Länder am Schengen-Abkommen geworden. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten befassten sich bei allen Gipfeltreffen in den letzten Jahren ausführlich mit der Flüchtlingsproblematik und der Sicherung der EU-Außengrenzen. Deshalb wird im Planspiel ein Treffen des Europäischen Rates simuliert. Zugleich bietet das Planspiel dadurch die Möglichkeit, die Arbeitsweise des höchsten EU-Entscheidungsorgans kennenzulernen.

Obwohl der Fokus des Planspiels auf den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen liegt, darf die humanitäre Seite der Asyl- und Flüchtlingsproblematik nicht außer Acht gelassen werden. Menschen aus anderen Ländern zu helfen, die vor Krieg, Gewalt oder Unterdrückung in ihrer Heimat geflüchtet sind, ergibt sich u.a. aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Im Grundgesetz ist zudem das Asylrecht für politisch Verfolgte fest verankert. Das Planspiel kann daher ebenfalls dazu genutzt werden, die aktuelle öffentliche Debatte zur Flüchtlingsproblematik aufzugreifen.

Das vorliegende Heft enthält neben einer Einführung in die aktuelle EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik auch die zentralen Materialien sowie Empfehlungen zur eigenständigen Durchführung des Planspiels „Festung Europa?“. Zudem wird mit einem kurzen Text in die Methode Planspiel eingeführt.

# Das Planspiel als Methode der politischen Bildung

## Theoretische (Vor)-Überlegungen

Nach Peter Massing soll „politische Bildung Situationen und Anlässe schaffen, die Menschen dazu anregen, mit anderen über Politik zu reden, die in ähnlicher Weise von Politik betroffen sind.“<sup>1</sup> Seit dem Zeitalter der Aufklärung finden sich in verschiedenen pädagogischen Konzepten (z.B. Humanisierung des Lernens, Selbständigkeit des Lernenden, Spaß beim Lernen) Ansätze, die sich gut mit spielerischen Überlegungen verbinden lassen.<sup>2</sup>

Besonders systemtheoretisch-konstruktivistische Ansätze bieten eine theoretische Begründung für das Planspiel als Methode der Bildungsarbeit. Grundlegend ist dabei die Einsicht, dass „Lehren nicht mit dem Vortragen geheiligter Weisheiten [beginnt], sondern mit dem Schaffen von Gelegenheiten, die den Schülern Anlass zum Denken geben.“<sup>3</sup> Gerade die offene Methode eines Planspiels kann den Lernenden einen solchen Raum zum Denken eröffnen.

Systemtheoretisch-konstruktivistischen Sichtweisen zufolge ist das Lernen heutzutage mehr als das Aneignen von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten oder Fähigkeiten. Es bedeutet zugleich deren Konstruktion oder deren Einbettung in bestehende Lebenswel-

ten.<sup>4</sup> Neues Wissen wird nicht einfach vom Individuum aufgenommen. Es wird vielmehr hinsichtlich der eigenen Bedürfnisse beurteilt, abgewandelt oder gar als irrelevant verworfen. Andere Autoren wie Klaus-Peter Hufer sprechen sich gegen eine allzu starke konstruktivistische Sichtweise in der politischen Bildung aus. Sie betonen, dass oftmals soziale und politische Realitäten wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Rechtsextremismus sowie politische Kategorien wie z.B. Macht oder Herrschaft im Mittelpunkt von Veranstaltungen stehen. Dabei geht es nicht nur um den Austausch von und über Deutungsmuster, sondern es werden auch bestehende Vorurteile und deren Entstehung problematisiert. Jedoch bleibt festzuhalten, dass auch sozio-ökonomische Realitäten und politische Kategorien einer lebensweltlichen Deutung jedes Einzelnen unterliegen.

Die Bedeutung des Individuums für jegliche Bildungsprozesse, wie sie von systemtheoretisch-konstruktivistischen Ansätzen betont werden, spiegelt sich auch im Konzept der Teilnehmerorientierung wider, welches seit den 1970er Jahren zu den wichtigsten Prinzipien der politischen Bildung gehört. Damit ist eine mikro- und makrodidaktische Handlungsweise gemeint, nach der die Planung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen immer von den Teilnehmenden her gedacht werden sollte.<sup>5</sup> Dies bedeutet die Einbeziehung der Lerngewohnheiten, Erfahrungen

1 Vgl. Massing, Peter: „Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung“ in: Beer, Wolfgang/Will Cremer/Peter Massing (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1999, S. 53.

2 Vgl. Scholz, Lothar: „Spielend lernen: Spielformen in der politischen Bildung“ in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2005, S. 550/551.

3 Arnold, Rolf: „Systemtheoretische Grundlagen einer Ermöglichungsdidaktik“ in: Arnold, Rolf/Ingeborg Schüßler (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik: Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen, Baltmannsweiler 2003, S. 23.

4 Vgl. Siebert, Horst: „Konstruktivistische Leitlinien einer Ermöglichungsdidaktik“ in: Arnold, Rolf/Ingeborg Schüßler (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik: Erwachsenenpädagogische Grundlagen und Erfahrungen, Baltmannsweiler 2003, S. 38/39.

5 Vgl. Nittel, Dieter: „Teilnehmerorientierung“ in: Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 2: Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 2003, S. 232.

und Interessen der Teilnehmenden.<sup>6</sup> Zusätzlich weist der Begriff Teilnehmerorientierung auch auf die Emanzipation der Lernenden, die nun nicht mehr als passive Konsumenten angesehen werden sowie auf eine neue Form der Selbstreflexion von Lehrenden, die bei der Evaluation von Veranstaltungen auch die Teilnehmerperspektive miteinbeziehen.<sup>7</sup>

Weiterhin sind Handlungsorientierung und Selbsttätigkeit zwei miteinander verwandte didaktische Prinzipien, die gerade bei Planspielen eine große Rolle spielen. Während die Handlungsorientierung auch ein politisch aufgeladener Begriff ist, der neben einer aktiven Rolle der Teilnehmenden bei Bildungsveranstaltungen auch eine aktive gesellschaftliche Rolle der Teilnehmenden durch Bildungsveranstaltungen impliziert, konzentriert sich der Begriff Selbsttätigkeit auf die Rolle der Teilnehmenden in Lehr-Lern-Arrangements. „In den Lernsituationen sollen die Teilnehmenden selbsttätig über Lerninhalte und -wege verfügen und ihre Interessen eigenständig organisieren, damit so ihre Lern- und Bildungsfähigkeit herausgefordert wird.“<sup>8</sup>

Planspiele können in dem Zusammenhang als ein Angebot in Form eines Lernarrangements angesehen werden, welches prinzipiell die Möglichkeit bietet, auf die innere Logik des Wissenssystems der Teilnehmenden eingehen zu können. „Im Planspiel werden Lernende als aktive, handelnde, kooperative, selbstbestimmte Subjekte betrachtet.“<sup>9</sup> Wie stark der biografische Hintergrund der Teilnehmenden auf ein Planspiel ausstrahlt, zeigt sich daran, dass ein Planspiel trotz gleichem Szenario und ähnlichem Ablauf zu einem ganz unterschiedlichen Ergebnis führen kann.

---

6 Vgl. Siebert, Horst: Methoden für die Bildungsarbeit, Bielefeld<sup>2</sup> 2006, S. 105.

7 Vgl. Nittel, a.a.O., S. 232.

8 Behrens-Cobet, Heidi/Dagmar Richter: „Didaktische Prinzipien“ in: Beer, Wolfgang/Will Cremer/Peter Massing (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1999, S. 180.

9 Rebmann, Karin: Planspiel und Planspieleinsatz: Theoretische und empirische Explorationen zu einer konstruktivistischen Planspieldidaktik, Hamburg 2001, S. 25.

Auch die einzelnen Rollen können von verschiedenen Spielenden ganz anders ausgefüllt werden, was ebenfalls ein Indiz dafür ist, wie stark sich biografische Erfahrungen und kognitive Fähigkeiten des Einzelnen auf das Planspiel auswirken können.

Gleichzeitig verändert der Einsatz von Planspielen auch die Rolle der Lehrenden, da ihnen zusätzliche fachliche, didaktische, aber auch soziale und organisatorische Fähigkeiten abverlangt werden. „Lehrende im Planspielunterricht sind zugleich Einführer und Vorbereiter der Lernenden auf das Planspiel und die Gruppenarbeit, Anleiter, Impulsgeber, Berater, Beobachter, Betreuer, Coach, Moderator, Konfliktlöser, Diskussionsleiter in der Plenarsitzung, Auswerter, Beurteiler, Planspielkonstrukteur, Verwerter des Planspiels im weiteren Unterricht.“<sup>10</sup>

### Planspiele als Methode in der politischen Bildung

Heutzutage haben Planspiele sowohl in der beruflichen als auch in der politischen Bildung einen festen Platz im Methodenkanon. Dies ist einerseits der stärkeren Betonung der Handlungsorientierung als didaktischem Prinzip geschuldet und hängt andererseits damit zusammen, dass man mit solchen neuen Methoden angemessen auf neue Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes reagieren wollte.<sup>11</sup>

Planspiele können als ein komplexes Rollenspiel beschrieben werden, bei dem Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse simuliert werden. Auch der Begriff Simulationsspiel ist daher gebräuchlich.<sup>12</sup> Das Ziel von Planspielen ist es, den Teilnehmenden anhand einer bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Problemstellung politische

---

10 Ebd., S. 25.

11 Ebd., S. 16/17.

12 Vgl. Detjen, Joachim: Politische Bildung: Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München/Wien 2007, S. 373.

Prozesse näher zu bringen, indem sie diese selbst nachspielen.<sup>13</sup> „Zweck von Simulationsspielen ist es, Verhalten, Handeln, Motive, Entscheidungsspielräume, aber auch Zwänge von Personen in Problemkonstellationen oder Entscheidungssituationen erfahrbar, erlebbar und damit sichtbar sowie reflektierbar zu machen.“<sup>14</sup> Den Teilnehmenden werden konkrete Rollen zugewiesen, die ihnen einen Korridor für ihr Handeln während des Planspiels vorgeben. In der Regel werden im Planspiel mindestens einer, manchmal auch mehrere Interessenskonflikte eingebaut, die es aufzulösen gilt. Dabei sind Planspiele ergebnisoffen, was dazu führen kann, dass dasselbe Planspiel mit unterschiedlichen Teilnehmenden einerseits ganz unterschiedlich verlaufen und andererseits mit verschiedenen Ergebnissen enden kann. Entgegen der von Peter Massing geäußerten Behauptung, dass es bei einem Planspiel immer zu einer Entscheidung kommen muss,<sup>15</sup> kann auch das Nicht-Auflösen von Interessensgegensätzen, das Sich-Nicht-Einigen und das Scheitern ein mögliches Ergebnis sein. Unabhängig vom gesellschaftlichen und politischen Thema des Planspiels beinhaltet dieses immer auch die Problematisierung der Schlüsselqualifikation Konfliktmanagement.<sup>16</sup> Ein Planspiel ist demnach „eine Handlungsform, in der Lernende weitgehend selbstbestimmt, risikofrei und ohne äußeren Zwang mit einem Lerngegenstand umgehen. Sie schafft Lerngelegenheiten für Entfaltung und Engagement, Spaß und Spannung sowie für soziale Kommunikation und Interaktion.“<sup>17</sup>

Das Planspiel setzt sich aus den beiden Komponenten Plan und Spiel zusammen. Der

Begriff Plan verweist auf eine vorgegebene Struktur, die als Rahmen dient. Zudem soll sie das zielgerichtete Handeln der Teilnehmenden fördern. Weiterhin wird in einem Planspiel die Realität modellhaft und vereinfachend konstruiert, um ein risikofreies Experimentieren in überschaubaren Strukturen und Zusammenhängen zu ermöglichen, wenngleich hier immer die Gefahr besteht, die Realität zu stark zu simplifizieren.

Der Terminus Spiel verweist auf ein Lehr-Lern-Arrangement, das sich vom herkömmlichen Lernen, mit dem man Anstrengung, Ernsthaftigkeit und Zwang verbindet, durch ein Spannungselement, die Übernahme und selbsttätige Ausgestaltung von Rollen sowie Abwechslungsreichtum und Unterhaltung unterscheidet.<sup>18</sup>

Alle Planspiele weisen einen ähnlichen Ablauf auf, der in unterschiedliche Phasen eingeteilt werden kann. Generell wird die Vorbereitungs- und Einführungsphase, die Spiel- und Durchführungsphase und die Auswertungs- und Reflexionsphase unterschieden.<sup>19</sup> Karin Rebmann führt zudem noch eine Konstruktions- und Designphase auf, die der Vorbereitungs- und Einführungsphase vorangestellt ist. Hier geht es darum, ob auf ein bereits bestehendes Planspiel zurückgegriffen oder ein neues konstruiert wird.<sup>20</sup>

Am Anfang steht immer eine Einführung in das Planspiel sowie dessen Thematik. Daran schließt sich eine Informationsphase an. Während dieser Phase sollen sich die Teilnehmenden mit ihren jeweiligen Rollen vertraut machen und erste Strategien entwickeln, wie sie ihre Position angemessen ausfüllen können. Danach kommen sie zunächst im Plenum zusammen, um die unterschiedlichen Positionen auszutauschen. Erfahrungsgemäß kommt es aufgrund der Meinungsvielfalt noch nicht zu einer Einigung, weshalb es wieder zu einer

13 Vgl. Massing, Peter: „Planspiel“ in: Kuhn, Hans-Werner/Peter Massing (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 3: Methoden und Arbeitstechniken, Schwalbach/Ts.<sup>3</sup> 2002, S. 128.

14 Detjen, a.a.O., S. 374.

15 Massing, Peter: „Planspiele und Entscheidungsspiele“ in: Frech, Siegfried/Hans-Werner Kuhn/Peter Massing (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, Schwalbach/Ts.<sup>3</sup> 2006, S. 165.

16 Vgl. Siebert, Horst: Methoden für die Bildungsarbeit, Bielefeld<sup>2</sup> 2006, S. 19.

17 Scholz, a.a.O., S. 551/552.

18 Vgl. Rebmann, a.a.O., S. 11-16.

19 Vgl. Massing 2006, S. 169-173.

20 Vgl. Rebmann, a.a.O., S. 19.

Gruppenarbeitsphase kommt. In dieser werden einerseits die Position und die Strategie der einzelnen Gruppen weiter konkretisiert. Andererseits kann es bereits zu Verhandlungen zwischen verschiedenen Akteuren kommen. Anschließend wird wieder im Plenum verhandelt. Je nachdem, wie kompromissbereit sich die Akteure verhalten, kann es schnell zu einer Einigung kommen. Falls dies nicht der Fall ist, sind auch mehrere Verhandlungsunterbrechungen und Nebenverhandlungen möglich. Abschließend wird nochmals im Plenum verhandelt, um eine Entscheidung herbeizuführen. Diese kann auch darin bestehen, festzustellen, dass man sich nicht einigen konnte. Nach Beendigung des eigentlichen Planspiels setzt die Auswertungs- und Reflexionsphase ein. Hierbei wird neben dem Planspielverlauf und -ergebnis auch das Verhalten der Teilnehmenden thematisiert. Zudem ist es wichtig, diese Punkte nicht nur aus der Sicht der Planspielleitung zu diskutieren, sondern auch die Sichtweisen und Erfahrungen der Teilnehmenden zu berücksichtigen.<sup>21</sup>

Das Planspiel ist prozess- und nicht ergebnisorientiert, da das Augenmerk auf dem Verlauf und nicht auf dem Ergebnis des Planspiels liegt. Deshalb darf die „programmierte Steuerung des Spielverlaufs (...) folglich nicht so weit gehen, dass sich die Selbsttätigkeit der Lernenden in Pseudohandlungen erschöpft“<sup>22</sup>. Planspiele können in diesem Zusammenhang auch als zirkuläre Prozesse angesehen werden, die zu einer Reflexion der Beobachtungen, der Erkenntnisse und letztlich des Lernprozesses insgesamt beitragen. Der Planspielleiter kommt hier „in die Rolle eines Beobachters, der Lernergebnisse und Lernprozesse von Lernenden nicht mehr nur danach beurteilt, ob sie »richtig« oder »falsch«, sondern den Lernenden angemessen sind. Dies sind sie dann, wenn sie an den bisherigen

Lerngeschichten von Lernenden anschließen und weiteres Lernen ermöglichen.“<sup>23</sup>

Problematisch wird es, wenn es bei der Modellierung der Wirklichkeit zu starken Vereinfachungen kommt. Zudem besteht die Gefahr, dass Lernende das Modell als ausschließliche Realität auffassen.<sup>24</sup> Hier stößt das Planspiel sicherlich an eine Grenze. Daher sollte ein Planspiel nicht um jeden Preis durchgeführt werden. Den Lehrenden kommt dabei die Aufgabe zu, einzuschätzen, ob das Planspiel für die Lernenden und den ‚Lernstoff‘ die geeignete Methode darstellt.

---

21 Vgl. Massing 2002, S. 128/129.

22 Detjen, a.a.O., S. 373.

---

23 Rebmann, a.a.O., S. 58.

24 Vgl. ebd., S. 28-32.

# Thematische Einführung

Das Planspiel „Festung Europa?“ thematisiert die nicht unumstrittene Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union (EU) und deren Mitgliedstaaten. Der Ausdruck „Festung Europa“ ist mittlerweile zu einem gängigen Begriff in der öffentlichen Debatte geworden und wird meist in kritischer Absicht gebraucht. Er steht für die Kritik an einer restriktiven Abwehr- bzw. Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen,<sup>25</sup> die damit ihre eigenen Werte konterkarieren. Sichtbares Symbol und zentrales Instrument der „Festung Europa“ ist für viele Kritiker die 2004 gegründete Grenzschutzagentur Frontex.

Während diese europäische Agentur den einen der Inbegriff für die Abschottung Europas ist, sehen die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten darin einen Ausdruck der Solidarität zwischen den EU-Ländern, weil dadurch diejenigen Staaten unterstützt würden, deren Außengrenzen unter starkem Zuwanderungsdruck geraten sind.<sup>26</sup> 2015 betrug das Budget von Frontex etwa 143 Mio. EUR.

Mit dem Sturz der diktatorischen Regime in Nordafrika 2011 sowie der andauernden politischen Instabilität in Nordafrika und dem Nahen Osten stieg die Zahl der Flüchtlinge in der Europäischen Union an, gleichzeitig rückte die europäische Flüchtlingspolitik immer stärker in den Mittelpunkt einer politisch und moralisch aufgeladenen öffentlichen Diskussion.

Während auf der einen Seite argumentiert wird, dass die EU sich gegen Flüchtlinge abschirme, wird auf der anderen Seite darauf verwiesen, dass eine komplette Öffnung der

Grenzen nicht sinnvoll und die Kontrolle der Migration legitim sei.

Weltweit gab es im Jahr 2015 65,3 Mio. Flüchtlinge. Davon waren 21,3 Mio. internationale Flüchtlinge und 40,8 Mio. Menschen waren interne bzw. Binnenflüchtlinge. Die Zahl der Asylsuchenden stieg bis 2015 auf rund 3,2 Mio. (2014: 1,8 Mio.). Etwa 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit wurden von Entwicklungsländern aufgenommen.<sup>27</sup> Bis heute sind es die Katastrophen wie jene vom Oktober 2013 und April 2015, die den Blick der Öffentlichkeit immer wieder auf die Flüchtlingspolitik der EU lenken. Alleine bei diesen beiden Schiffsunglücken im Mittelmeer ertranken vermutlich mehr als 1.000 Menschen. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass seit Beginn der 2000er Jahre weit über 23.000 Menschen an den Außengrenzen der EU ums Leben gekommen sind. Für das erste Halbjahr 2016 registrierte die Internationale Organisation für Migration (IOM) über 3.000 Todesfälle.<sup>28</sup>

Gerade angesichts solcher Ereignisse zeigten sich Politiker und die Öffentlichkeit europaweit bestürzt und die Diskussion darüber, wie die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik solche Dramen in Zukunft verhindern kann, verstärkte sich. Die EU-Kommission reagierte im Oktober 2013 beispielsweise mit Vorschlägen zur Verbesserung der Seenotrettung, zur stärkeren Bekämpfung der Schleuserkriminalität sowie zur Schaffung von mehr legalen Einwanderungsmöglichkeiten.<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Vgl. [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16786/festung-europa](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16786/festung-europa).

<sup>26</sup> Vgl. Auszug aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 26.-27. Juni 2014), veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.07.2014, C 240/14.

<sup>27</sup> Vgl. UNHCR Global Trends 2014 und 2015.

<sup>28</sup> Vgl. [www.proasyl.de/de/news/detail/news/neue\\_schaetzung\\_mindestens\\_23000\\_tote\\_fluechtlinge\\_seit\\_dem\\_jahr\\_2000/](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/neue_schaetzung_mindestens_23000_tote_fluechtlinge_seit_dem_jahr_2000/) und <http://missingmigrants.iom.int/mediterranean>

<sup>29</sup> Vgl. Newsletter Migration und Bevölkerung, Ausgabe 8/Okttober 2013.

Im Mai 2014 einigten sich das Europäische Parlament und der Ministerrat auf die „Seeaußengrenzenverordnung“, die den Umgang mit Schiffsflüchtlings regeln soll. Zwar wird darin festgelegt, dass jedem Schiff und jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten ist sowie die Grundrechte und das Prinzip der Nichtzurückweisung einzuhalten sind. Gleichzeitig wird jedoch damit auch die Möglichkeit eingeräumt, Schiffe abzufangen und zur Kursänderung zu bewegen sowie aufgegriffene Personen in so genannte sichere Drittstaaten zurückzuführen.<sup>30</sup>

Italien begann im Herbst 2013 mit der Marineoperation „Mare Nostrum“. Dadurch konnten geschätzt etwa 150.000 Flüchtlinge gerettet werden. Die Operation endete im Oktober 2014 und wurde durch die Frontex-Mission „Triton“ abgelöst. Diese Mission dient jedoch in erster Linie dem verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen und nicht der Seenotrettung.

Angesichts der humanitären Katastrophe fand am 23. April 2015 ein EU-Sondergipfel statt, bei dem u.a. beschlossen wurde, die finanziellen Mittel für „Triton“ aufzustocken und die Zahl der Einsatzkräfte zu erhöhen, um bessere Rettungsmöglichkeiten zu schaffen. Gleichzeitig soll der Kampf gegen Schlepperbanden und die Bekämpfung der Fluchtursachen intensiviert werden.<sup>31</sup>

In ersten Stellungnahmen halten Experten den beschlossenen 10-Punkte-Plan für unzureichend. Er enthielte hauptsächlich nur altbekannte Forderungen und bliebe in vielen Ausführungen zu vage.<sup>32</sup>

Ebenfalls 2015 startete die EU die Militärmission „Sophia“ (EUNAVFOR MED). Die Mission wurde 2016 verlängert und soll neben der Seenotrettung in erster Linie die Schlei-

serkriminalität zwischen der italienischen und der libyschen Küste bekämpfen.<sup>33</sup> Einigkeit scheint in Europa darüber zu herrschen, dass die vielfältigen Fluchtursachen bekämpft werden müssen, etwa durch entwicklungspolitische Maßnahmen, die dazu beitragen können, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Eine solche Strategie kann jedoch nur mittel- und langfristig wirken und den Migrationsdruck auf die Staaten der Europäischen Union verringern. Außerdem greifen sie nicht bei Fluchtbewegungen, die von militärischen Konflikten wie etwa in Syrien ausgelöst werden.

Welche Lösungsansätze bietet eine Reform der Flüchtlings- und Asylpolitik der EU selbst? Traditionell wurden diese beiden Politikfelder von den einzelnen Mitgliedstaaten und nicht von der EU-Ebene aus geregelt, da sie zum Kernbereich staatlicher Souveränität gehören. Mit dem Wegfall der Binnengrenzen im Schengen-Raum seit den 1990er Jahren wurde deutlich, dass die Migration nicht mehr von den einzelnen Staaten allein kontrolliert werden konnte. Es begann – gewissermaßen als Kehrseite der Freizügigkeit im Innern – die Zusammenarbeit bei der Sicherung der Außengrenzen, der Visapolitik und bei der Kontrolle der „irregulären“ Migration. In den Verträgen von Amsterdam (in Kraft seit 1999), Nizza (in Kraft seit 2003) und Lissabon (in Kraft seit 2009) wurde die Kooperation in wichtigen Fragen der Einwanderungspolitik festgehalten.

Als wichtiger Teil der allgemeinen Migrationspolitik sollte schrittweise auch die Flüchtlings- und Asylpolitik gemeinsam geregelt werden. Bereits 1999 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU sich auf dem Sondergipfel von Tampere prinzipiell darauf geeinigt, ein gemeinsames Asylsystem aufzubauen. Festgelegt wurden Regelungen über die Zuständigkeit und Standards für Asylverfahren

---

30 Vgl. Verordnung (EU) Nr. 656/2014 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 27.6.2014).

31 Vgl. [www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/](http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/)

32 Vgl. [www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-krisengipfel-die-kraftlose-reaktion-der-eu-auf-die-mittelmeertragoedie.html](http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-krisengipfel-die-kraftlose-reaktion-der-eu-auf-die-mittelmeertragoedie.html)

---

33 Vgl. [http://eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eunavfor-med/index\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eunavfor-med/index_en.htm)

sowie über die Aufnahme von Asylsuchenden. Zentral für das europäische Asylsystem ist die Zuständigkeitsregelung, die so genannte Dublin-Verordnung. Sie besagt, dass Asylanträge in dem Mitgliedstaat gestellt und bearbeitet werden müssen, in dem der Asylbewerber erstmals in die EU gelangt.

Es gelang allerdings seither nicht, die Asylstandards in der EU zu harmonisieren und die von vielen Beobachtern so genannte „Schutz- bzw. Asylotterie“ zu beenden. Entscheidend für die Anerkennung der Asylsuchenden ist weiterhin, wo der Asylantrag gestellt wird. Auch die Lebensbedingungen der Asylsuchenden in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterscheiden sich immer noch gravierend.

Im Juni 2013 wurde nach fast 15 Jahren komplizierter und schwieriger Verhandlungen das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) beschlossen. Während im Hinblick auf Harmonisierung und Anhebung der Schutzstandards für Asylsuchende Verbesserungen erreicht wurden, blieb die umstrittene Dublin-Verordnung im Grundsatz unverändert.<sup>34</sup>

Gerade in diesem Punkt liegen die Interessen der Mitgliedstaaten an den südlichen Außengrenzen der EU und die vieler anderer Mitgliedsländer offenbar nach wie vor weit auseinander. Während die Mittelmeeranrainer mehr Solidarität in der Flüchtlingspolitik und eine Reform des „Dublin-Systems“ einfordern, möchten andere Mitgliedstaaten an der Zuständigkeitsregel festhalten. Immerhin gibt es seit 2014 einen Fonds, aus dem Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen gemeinschaftlich finanziert werden.

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen ab dem Sommer 2015 hat seither zu einigen weitreichenden Beschlüssen geführt, ohne dass von einem Ende des Reformbedarfs gesprochen werden kann. Im Oktober 2015 wurde die Umverteilung von 160.000

Asylbewerbern aus Griechenland und Italien beschlossen. Im März 2016 folgte das EU-Türkei-Abkommen. Durch dieses Abkommen soll der Zustrom von Flüchtlingen, die über die Türkei „illegal“ einreisen, deutlich reduziert werden. In den ersten Monaten seit dem Inkrafttreten hat sich diese Erwartung bisher erfüllt. Die Verteilung von Asylbewerbern hingegen konnte bisher kaum umgesetzt werden. Einige EU-Staaten lehnen dieses Vorgehen prinzipiell ab, andere zeigen sich sehr zögerlich bei der freiwilligen Aufnahme.<sup>35</sup>

Vor diesem Hintergrund einer offenen politischen und gesellschaftlichen Debatte simuliert das Planspiel einen Sondergipfel des Europäischen Rates über die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Im Mittelpunkt des Planspiels steht dabei die Diskussion darüber, wie die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU in Zukunft gestaltet werden sollte. Im Juni 2014 kamen die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat dabei zu folgender Schlussfolgerung: „Es bedarf eines umfassenden Ansatzes, der es ermöglicht, die Vorteile der legalen Zuwanderung optimal zu nutzen, schutzbedürftigen Personen Schutz zu gewähren und gleichzeitig energisch gegen irreguläre Migration vorzugehen und ein effizientes Management der EU-Außengrenzen zu gewährleisten.“<sup>36</sup> In diesem Spannungsfeld werden sich auch die Diskussionen im Planspiel bewegen.

## Didaktische und methodische Hinweise

### Zielsetzung

Das Ziel des Planspiels ist es einerseits, die Teilnehmenden mit der Thematik der Asyl- und Flüchtlingsfrage vertraut zu machen

---

<sup>34</sup> Vgl. Angenendt, S./ Kipp, D./Koch, A.: Grenzsicherung. Lager, Kontingente: Die Zukunft des europäischen Flüchtlingsschutzes?, SWP-Aktuell 30, April 2016.

<sup>36</sup> Auszug aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 26.-27. Juni 2014), veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.07.2014, C 240/13.

---

<sup>34</sup> Vgl. Bendel, P., Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem und die Verantwortung des Europäischen Parlaments, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO direkt, April 2014.

sowie verschiedene inhaltliche Standpunkte kennenzulernen. Die Teilnehmenden erfahren, welche unterschiedlichen Standpunkte die verschiedenen EU-Länder auf diesem Politikfeld einnehmen und welche Argumente die jeweiligen Staaten anführen.

Andererseits erhalten sie Einblick in die Arbeitsweise des Europäischen Rates und können nachvollziehen, wie Diskussionen und Debatten ablaufen. Sie erkennen, dass sich die Konsensfindung schwierig gestalten kann, wenn einzelne Länder hartnäckig ihre Position vertreten.

Der reale Ablauf eines Gipfeltreffens kann bei einem Planspiel leider nicht vollständig nachvollzogen werden, da ein Gipfeltreffen von zahlreichen Pressekonferenzen, Arbeitsessen und informellen Gesprächen geprägt sein kann.

### **Vorbereitung und Einführung**

Zur inhaltlichen Vorbereitung kann der Hintergrundtext genutzt werden. Außerdem gibt es ein Informations- und Literaturverzeichnis, in dem auf weitere Informationsquellen verwiesen wird. Für die Einführung der Planspiel-Teilnehmenden in die Thematik des Planspiels steht eine online zugängliche Präsentation zur Verfügung. Unter [www.lpb-heidelberg.de/planspiel\\_festung\\_europa.html](http://www.lpb-heidelberg.de/planspiel_festung_europa.html) sind zudem weitere Zusatzmaterialien abrufbar. Vor der thematischen Einführung kann ggf. auch ein Brain-Storming durchgeführt werden, bei dem sich die Teilnehmenden im Gespräch über ihr Vorwissen austauschen können.

Da ein Planspiel immer auch von der Atmosphäre lebt, empfiehlt es sich für das Planspiel einen entsprechend großen Raum zu organisieren. Zusätzlich sollten im Idealfall zwei Räume für die Gruppenarbeit und für informelle Gespräche zur Verfügung stehen. Denkbar ist auch, das Planspiel an einem Ort durchzuführen, an dem regelmäßig Sitzungen stattfinden. Dies wäre beispielsweise der Sitzungssaal eines Gemeinde- oder Stadtrates. Außerdem können Namens- und Tischschilder vorbereitet werden. Die entsprechenden

Vorlagen sind ebenfalls online verfügbar.

Alle anderen Materialien, die im Vorfeld kopiert werden müssen, sind in diesem Heft enthalten. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass die Kopien für alle Teilnehmenden bzw. Gruppen zur Verfügung stehen. Die Rollenprofile sollten innerhalb einer Gruppe für alle Teilnehmenden kopiert werden.

Das Planspiel kann maximal mit 42 Personen gespielt werden. Die 18 Länderrollen und die Rollen für die Europäische Kommission sind dabei so angelegt, dass immer zwei Teilnehmende ein Land bzw. die Kommission vertreten. Es handelt sich dabei um das Staatsoberhaupt bzw. den Regierungschef sowie den Fachminister für die Asyl- und Flüchtlingspolitik bzw. bei der Kommission den Kommissionspräsidenten und den zuständigen Fachkommissar.

Die Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates sowie die Rollen für Journalisten und Berichterstatter können jeweils von einer Person übernommen werden. Falls vorhanden, können die Berichterstatter- und Journalistenrollen auch optional mit einer Kamera ausgestattet werden und Fotos machen, die dann nach der Abschlusssitzung gezeigt werden können. Eine solche Variante empfiehlt sich aber nur, wenn auch ausreichend Zeit zur Verfügung steht.

Bei kleineren Gruppen muss im Vorfeld überlegt werden, welche Rollen weggelassen werden können. Eine Möglichkeit ist, auf die Journalisten- und Berichterstatterrollen zu verzichten. Dann ist allerdings die Sichtweise der Flüchtlinge bzw. die zivilgesellschaftliche Perspektive kaum noch im Planspiel vertreten. Es können jedoch auch einzelne Länderrollen herausgenommen werden, ohne dass die Qualität des Planspiels darunter leidet. Minimal sollten es 15 Teilnehmende sein. Jede Rolle wird dann mit jeweils einer Person besetzt.

### **Einarbeitung**

Zu Beginn des Planspiels sollte das Szenario (Material M2) gemeinsam gelesen und aus-

führlich besprochen werden, damit alle eine gemeinsame Ausgangsbasis haben. Um allen Teilnehmenden verständlich zu machen, wie das Planspiel abläuft und in welche Arbeitsphasen es sich unterteilt, kann der Ablaufplan (Material M1) ausgeteilt oder an verschiedenen Arbeitsplätzen ausgehängt werden. Mit Hilfe des Ablaufplans können sich die Teilnehmenden jederzeit einen Überblick verschaffen, in welcher Phase des Planspiels man sich aktuell befindet.

Danach können die jeweiligen Rollen zugeteilt oder zugelost werden. Nicht alle Teilnehmenden werden mit ihrer Rolle zufrieden sein. Die Möglichkeit, dass Rollen getauscht werden, kostet jedoch nur Zeit und wird am Ende wohl nie alle restlos zufrieden stellen.

Anschließend werden die jeweiligen Rollenprofile (Material M3) ausgeteilt und die Teilnehmenden finden sich in ihren jeweiligen Arbeitsgruppen zusammen. Die einzelnen Rollenprofile enthalten Arbeitsaufträge, an denen sich die Teilnehmenden zunächst orientieren sollen. Sie geben den Teilnehmenden zudem eine Orientierung, welche Position sie im Planspiel vertreten sollen. Wichtig ist, dass die Teilnehmenden nicht ihre eigene Meinung vertreten, sondern die Position der jeweiligen Rolle, die sie übernommen haben.

Um sicherzustellen, dass den Teilnehmenden die zentralen Begriffe und Konzepte präsent sind, kann jeder Gruppe ein Glossar (Material M6) ausgeteilt werden.

### **Eröffnung, erste Rederunde und Berichte**

Der Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates kommt eine besondere Aufgabe zu. Wer diese Rolle übernimmt, leitet die Sitzungen und Diskussionen im Plenum. Zudem wird durch diese Rolle das Gipfeltreffen mit einer kleinen Rede eröffnet. Mit der Geschäftsordnung (Material M4) werden Regeln für die Sitzung und die Diskussion eingeführt, an die sich alle halten müssen. Die Geschäftsordnung kann vom Ratspräsidenten eingebracht und vorgestellt werden. Es ist sinnvoll,

wenn jeder Gruppe ein Exemplar der Geschäftsordnung ausgeteilt wird.

Wie im Ablaufplan (Material M1) skizziert, geht es bei der ersten Plenumsrunde darum, dass alle Gruppen ihre jeweilige Position mit einer kleinen Rede vorstellen. Bei dieser ersten Runde soll noch keine Aussprache und Diskussion stattfinden. Anschließend fasst die Presse- und Berichterstättergruppe die Positionen in einem kurzen Bericht oder einem Kommentar zusammen. Dieser wird im Plenum vorgetragen. Durch diese Runde erhalten alle einen Überblick, welche Positionen im Europäischen Rat vertreten sind und welche Rollen eventuell eine ähnliche Meinung zur Sache haben.

### **Offene Debatte und Verhandlungen**

Im Planspiel wird versucht, zu einer gemeinsamen Lösung bzw. Position zu gelangen. In einer offenen Diskussion, die je nach Bedarf durch Verhandlungen unterbrochen werden kann, sollten alle Teilnehmenden daran mitwirken, zu einem Kompromiss zu kommen. Das verlangt von allen Beteiligten, dass sie sich im Rahmen ihrer vorgegebenen Position auf andere zubewegen müssen. Einige Staaten werden sich eventuell schwer tun, einem Kompromiss zuzustimmen. Hier ist insbesondere der Ratspräsident gefragt, der vermittelnd eingreifen oder betonen kann, wie wichtig ein Konsens zwischen den Staaten für die Außenwahrnehmung der Europäischen Union ist. Die Pressegruppe kann in dieser Phase durch Schlagzeilen, die an Tafel oder Flipchart für alle sichtbar gemacht werden, versuchen, den Planspielverlauf zu beeinflussen.

Die Planspielleitung sollte in der Regel eine zurückhaltende Haltung einnehmen und wohl dosiert in den Planspielverlauf eingreifen. Falls es jedoch bei den offenen Debatten und den Verhandlungen nicht oder nur schleppend vorangeht, die Teilnehmenden nicht wissen, was zu tun ist, oder an einem Punkt angelangt sind, an dem sie vermeintlich nicht

mehr weiter wissen, ist dies der Zeitpunkt für die Planspielleitung einzugreifen, um wieder Schwung in die Debatte zu bringen. Dies kann auch dadurch geschehen, dass einzelnen Gruppen gezielt Hinweise gegeben oder Hilfestellung geleistet wird. Der Planspielfluss wird dadurch, anders als durch eine Intervention vor dem Plenum, nur unmerklich gestört.

Als Hilfestellung können auch die einzelnen Verhandlungspunkte bzw. Lösungsvorschläge von der Planspielleitung an Tafel oder Flipchart visualisiert werden. Dies empfiehlt sich beispielsweise, um die weitere Diskussion zu strukturieren.

Außerdem kann im Verlauf der offenen Debatte auch das Material M7 (Lösungsvorschläge) ausgeteilt werden. Dadurch erhalten die Teilnehmenden konkrete Anregungen, welche Maßnahmen beschlossen werden könnten.

### **Abschlussrunde und Abstimmung**

Zeichnet sich ein Kompromiss ab, dem alle zustimmen können, oder zeichnet sich ab, dass man zu keiner Einigung kommt, geht es in die Abschlussrunde. Alle Gruppen legen in kurzen Reden ihre jeweilige Position dar. Eine Diskussion sollte an dieser Stelle nicht mehr stattfinden. Falls es keine Einigung gibt, werden sicherlich einige Gruppen auf diejenigen hinweisen, an denen ein Kompromiss gescheitert ist. Übermäßige Schuldzuweisungen sollten jedoch vermieden werden. Theoretisch könnte in diesem Fall beschlossen werden, sich zu einem weiteren Gipfeltreffen zu verabreden. Die Abstimmung erfolgt im Europäischen Rat in der Regel so, dass der Ratspräsident ggf. einen Kompromiss vorstellt und dann fragt, ob es Einwände dagegen gibt (Konsensentscheidung). Die Abstimmung sollte in jedem Fall durchgeführt werden, um damit das Ende des Planspiels zu dokumentieren. Ein mögliches Gipfelergebnis kann im Abschlussdokument (Material M5) schriftlich festgehalten werden. Für die schriftliche Fixierung ist der Ratspräsident zuständig.

Vor dem eigentlichen Ende des Planspiels bewerten die Pressevertreter und Berichterstatter das Treffen des Europäischen Rates aus ihrer jeweiligen Position heraus. Falls Fotos gemacht wurden, können diese nun gezeigt werden.

### **Auswertung**

Nach Abschluss der Spielphase ist es wichtig, den Jugendlichen die Gelegenheit zu geben, den Spielverlauf und das Ergebnis zu reflektieren und zu bewerten. Zunächst können aber symbolisch die jeweiligen Rollen abgelegt und eine Pause gemacht werden. Dadurch wird deutlich, dass das Planspiel nun beendet ist und die Teilnehmenden keine Rollen mehr spielen. Außerdem gibt es einen kurzen zeitlichen Abstand zur Auswertung.

Es sollte besprochen werden, warum es zu einer bzw. keiner Einigung gekommen ist und wie die Teilnehmenden das Planspiel selbst erlebt haben. Außerdem kann die Spielleitung in der Auswertung darauf hinweisen, dass das Ergebnis eines Planspiels prinzipiell offen ist. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen ist keineswegs auch ein Scheitern des Planspiels, sondern oftmals ein realistisches Ergebnis. Zudem empfiehlt es sich, nach Ende des Planspiels mit den Teilnehmenden eine Diskussion zu führen, in der ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihr Land bzw. die Haltung ihrer Rolle zu thematisieren und gegebenenfalls eigene, nicht mit der jeweiligen Rolle übereinstimmende, Meinungen darzustellen.

Außerdem sollte bei der Auswertung auch auf die Sichtweise und die Probleme der Flüchtlinge eingegangen werden. Dies kann beispielsweise in einer offenen Diskussion stattfinden. Es sollten die Probleme der Flüchtlinge herausgestellt sowie auf Lösungsmöglichkeiten eingegangen werden. Wichtig ist es auch, die möglichen Beschlüsse im Planspiel mit den tatsächlichen Beschlüssen des Europäischen Rates bzw. des Ministerrates zu vergleichen.

# M1: Ablaufplan Planspiel

Spielphase	EU-Akteure	Länderakteure	Medienakteure	Zeitplan
<b>Einführung/ Vorbereitung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einlesen</li> <li>- Szenario und Rollenprofile kennenlernen</li> <li>- Position u. Strategie erarbeiten</li> <li>- Ratspräsident/-in: (Eröffnungs-)Rede vorbereiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einlesen</li> <li>- Szenario und Rollenprofile kennenlernen</li> <li>- Position u. Strategie erarbeiten</li> <li>- Rede vorbereiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einlesen</li> <li>- Szenario und Rollenprofile kennenlernen</li> <li>- Position erarbeiten und Umsetzung der Aufgaben planen</li> </ul>	ca. 45 Minuten
<b>Eröffnung des Gipfels, erste Rederunde</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eröffnungsrede Präsident/-in des Europäischen Rates</li> <li>- Kommissions- und Ländervertreter/-innen stellen ihre Position vor</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beobachten der Debatte</li> <li>- Zusammenfassung schreiben</li> <li>- in kurzen Beiträgen über das bisherige Geschehen berichten</li> </ul>	ca. 45 Minuten
<b>Offene Debatte im Plenum und informelle Verhandlungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ländervertreter/-innen u. EU-Akteure diskutieren u. verhandeln (in Kleingruppen)</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beobachten der Debatte und</li> <li>- Schlagzeilen erarbeiten</li> </ul>	ca. 45 Minuten
<b>Zweite Statementrunde sowie Abstimmung und Ergebnis</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- ggf. veränderte Position vorstellen</li> <li>- Verkünden des Ergebnisses durch Ratspräsident/-in</li> <li>- Beenden des Sondergipfels</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- ggf. veränderte Position vorstellen</li> <li>- Abschlussstatement</li> <li>- Abstimmung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beobachten der Debatte und</li> <li>- Kommentar erarbeiten</li> </ul>	ca. 30 Minuten
<b>Presseberichte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- in kurzen Berichten Ergebnisse des Sondergipfels vorstellen und diese kommentieren</li> </ul>			ca. 20 Minuten
<b>Auswertungsphase</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschlussdiskussion und Auswertung des Spielverlaufs sowie des Ergebnisses</li> </ul>			ca. 30 Minuten

# M2: Szenario – Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU

Noch immer stranden an den Küsten der südeuropäischen Länder wie Italien, Spanien, Griechenland und Malta viele Geflüchtete. Die Nachrichten zeigen Bilder von erschöpften und ausgehungerten Menschen, die auf überladenen Booten die Mittelmeerküste erreichen, wo sie dann in überfüllten Aufnahmeflagern auf ihr Asylverfahren oder ihre Rückführung warten.

Insbesondere durch Unruhen und Aufstände in Afrika und dem Nahen Osten, z.B. dem Bürgerkrieg in Syrien, sowie Armut und Unterentwicklung hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die die Länder der Europäischen Union (EU) erreichen, in den letzten Jahren stark erhöht.

## Flüchtlinge in ausgewählten EU-Staaten

	2014	2015
Dänemark	17.785	27.326
Deutschland	216.973	316.115
Estland	90	168
Finnland	11.798	12.703
Frankreich	252.264	273.126
Griechenland	7.304	18.489
Italien	93.715	118.047
Luxemburg	1.108	1.332
Malta	6.095	7.075
Niederlande	82.494	88.536
Polen	15.741	14.065
Portugal	699	699
Schweden	142.207	169.520
Slowenien	257	292
Spanien	5.798	5.798
Ungarn	2.867	4.393
Vereinigtes Königreich	117.161	123.067

Quelle: UNHCR 2015 und 2016.

2015 nahm im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Asylsuchenden um fast 700.000 Anträge zu. Insgesamt stellten in allen EU-Staaten deutlich über 1,3 Mio. Menschen einen Asylantrag.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex berichtet für 2015 von über 1,8 Mio. so genannten illegalen Grenzübertritten (2014: ca. 280.000). In den ersten Monaten 2016 lag diese Zahl bei etwa 360.000 Grenzübertritten. Dies sind jedoch nur die bekannten Fälle. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

Viele dieser Flüchtenden versuchten seit Sommer 2015 auf der sogenannten Westbalkanroute in die EU zu gelangen. Alleine die Zahl der bekannten Grenzübertritte lag bei rund 760.000 Flüchtlingen. Nachdem einige Staaten entlang dieser Route im Februar 2016 ihre Grenzen geschlossen haben, ist die Einreise über den westlichen Balkan kaum mehr möglich. In der Folge kam es zu einem Rückstau in Griechenland und es ist mit einer verstärkten Nutzung der Mittelmeerroute nach Italien zu rechnen.

Dabei nehmen die Flüchtlinge eine gefährliche Reise in Kauf, um in die EU-Staaten zu gelangen. Nach Schätzungen von Flüchtlingshilfsorganisationen sind zwischen den Jahren 2000 und 2014 mindestens 23.000 Menschen, die als Flüchtlinge auf dem Weg in die EU waren, ums Leben gekommen. Allein 2015 sind fast 4.000 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, gestorben. 2016 waren es bisher schon über 3.000 Tote.

Die Hauptmotive der Einwanderer sind neben politischer Verfolgung oder Flucht vor Kriegen und Diskriminierung häufig

wirtschaftlicher Art. In ihren Heimatländern herrschen oftmals Armut und hohe Arbeitslosigkeit. Die Menschen dort haben lediglich geringe Zukunftsperspektiven, so dass die so genannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben in die EU einwandern. Viele davon folgen Familienmitgliedern, die Jahre zuvor in die EU kamen und dort Arbeit fanden.

Die meisten Asylsuchenden kamen 2015 aus Syrien (362.775 Anträge), Afghanistan (178.230 Anträge) und dem Irak (121.535 Anträge). Kosovo (66.885), Albanien (65.935), Pakistan (46.400) und Eritrea (33.095) waren weitere Länder, aus denen Menschen in die EU kamen.

Das Land, in dem 2015 die meisten neuen Asylanträge gestellt wurden, ist Deutschland mit 441.800 Asylbewerbern. Es folgen Ungarn (174.435), Schweden (156.110), Österreich (85.505) und Italien (83.245). Im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden 2015 die meisten Asylanträge in Ungarn gestellt. Es folgen Schweden, Österreich, Finnland und auf dem fünften Platz Deutschland. Die Asyl- und Flüchtlingsthematik betrifft alle Länder der EU, allerdings nicht in der gleichen Intensität.

Angesichts dieser hohen Zahlen und den Toten an den Außengrenzen, gerät die EU, die sich international stark für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzt, nun immer stärker unter Druck, ihre restriktive Grenzpolitik zu ändern. Kritisiert wird, dass die EU mit der Abweisung von Flüchtlingen gegen ihre eigenen Werte und Normen handelt. Aus diesem Grund bezeichnen einige die EU bereits als „Festung Europa“, die sich gegen „unerwünschte Zuwanderer“ immer mehr abschottet, beispielsweise durch den Bau neuer Grenzzäune oder die Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei. Deshalb wird gefordert, dass sich Frontex nicht nur um die Sicherung der Außengrenzen kümmert, sondern auch verstärkt humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge leisten soll.

Problematisch ist vor allem, dass das bisherige Dublin-System nicht mehr funktioniert. Einzelne Länder fühlen sich mit der Masse an Flüchtlingen überfordert. Sie wünschen sich, dass sich alle EU-Staaten solidarisch an der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden beteiligen. Weiterhin kritisieren sie, dass sich nicht alle Länder der EU an den Kosten beteiligen, die durch die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber entstehen. Viele der stark von der Flüchtlingssituation betroffenen Staaten streben nach einer gemeinsamen europäischen Lösung und nach einer ihrer Meinung nach gerechten Aufteilung der Lasten. Dementgegen stehen einige EU-Staaten, die in der Flüchtlingsfrage ein nationalstaatliches Problem sehen. Sie sind nicht gewillt, Flüchtlinge aufzunehmen oder sich an den Kosten dafür zu beteiligen. Ein Kompromiss scheint in weite Ferne gerückt.

Nicht-Regierungsorganisationen, wie z.B. PRO ASYL, und die internationale Gemeinschaft, z.B. das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), drängen die EU-Staaten jedoch auf eine schnelle Lösung des Problems. Und auch die Presse berichtet kritisch darüber, dass es die EU nicht schafft, eine gemeinsame Position zu finden.

Auch wenn sich durch verschiedene Maßnahmen wie der Schließung der Grenzen entlang der Westbalkan-Route oder dem EU-Türkei-Abkommen die Situation im Jahr 2016 entspannt hat, bleiben die Themen Flucht, Asyl und Migration höchst brisant.

Aus diesem Grund hat der Präsident / die Präsidentin des Europäischen Rates die Vertreter der EU-Staaten zu einem **Sondergipfel** des Europäischen Rates zur Asyl- und Flüchtlingsthematik eingeladen, um sich auf eine gemeinsame Position zu verständigen. Ziel soll es sein, eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zu beschließen.



# M3: Rollenkarten

Dänemark

Deutschland

Estland

Finnland

Frankreich

Griechenland

Italien

Luxemburg

Malta

Niederlande

Österreich

Polen

Portugal

Schweden

Slowenien

Spanien

Ungarn

Vereinigtes Königreich

Europäische Kommission

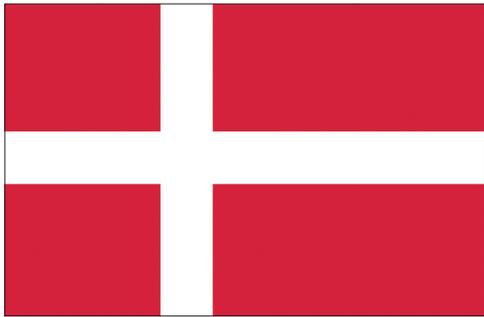
Präsident/-in des Europäischen Rates

Freie/r Journalist/-in

Pressereferent/-in von PRO ASYL

Journalist/-in im Auftrag des  
UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)

## Dänemark



<b>Fläche</b>	42.924 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	5,7 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Monarchie
<b>Hauptstadt</b>	Kopenhagen
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	46.800 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	6,2 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	20.935 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	3.679 (2015)

*Als Ministerpräsident/-in und Minister/-in für Ausländer, Integration und Wohnen vertreten Sie Dänemark auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Jeder EU-Staat ist selbst für seine Einwanderungspolitik zuständig. Das ist für Sie ein wichtiger Bestandteil Ihrer nationalen Souveränität. Sie befürworten daher eine nationalstaatliche Lösung der Flüchtlingsfrage. Natürlich erkennen Sie die zeitweise katastrophale Lage im Mittelmeerraum und auf der sogenannten Balkanroute an. Und selbstverständlich gewähren Sie Asylberechtigten und Flüchtlingen Schutz, beispielsweise syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Allerdings können Sie als kleiner EU-Mitgliedstaat nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Im Jahr 2014 verzeichneten Sie fast 15.000 Asylbewerber. 2015 waren es fast 21.000. Diese Zahlen haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Bezogen auf die Einwohnerzahl nahmen Sie 2015 weit mehr Asylsuchende auf als beispielsweise Frankreich, Italien, Griechenland oder Spanien.

Ein weiteres großes Problem war 2015, dass viele Flüchtlinge über Deutschland und Dänemark nach Schweden reisen wollten. Gerade für Ihr Land war dies eine große Herausforderung. Eine solche Situation soll es in Dänemark nie wieder geben!

Als Reaktion auf die „Flüchtlingskrise“ haben Sie das dänische Asylrecht spürbar verschärft. Dadurch sollen mögliche Anreize für Flüchtlinge nach Dänemark zu kommen, verringert werden. Und Sie tragen damit der zuwanderungskritischen Stimmung in Teilen der dänischen Bevölkerung Rechnung.

Sie sehen daher keinen Grund, das Dublin-System aufzugeben. Auch eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten lehnen Sie ab. Sie akzeptieren zwar, dass man kleinen, überforderten Mitgliedstaaten wie Malta in Notsituationen helfen sollte. Dies ist ein Akt europäischer Solidarität. Bei Italien und den anderen großen Mittelmeerstaaten ist diese Hilfe jedoch nicht notwendig. Sie können sich aber vorstellen, von den Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführte Frontex-Missionen zu unterstützen.

Drängen Sie darauf, dass die EU die Probleme hinter der Flüchtlingsproblematik sieht. Durch den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern können Probleme vor Ort gelöst werden. Das dämmt die Flüchtlingsströme nach Europa langfristig ein. Dies sollte bei möglichen Migrationspartnerschaften berücksichtigt werden.

## Ihre Argumente

Ihre nationale Souveränität ist Ihnen sehr wichtig. Sie möchten weiterhin in politisch sensiblen Bereichen wie der Innen- und Sicherheitspolitik Ihre Eigenständigkeit bewahren. Dazu gehört auch die Kontrolle darüber, wer nach Dänemark kommen darf und wer nicht. Teile der Bevölkerung Dänemarks sind sehr kritisch gegenüber der EU eingestellt. Das müssen Sie in Ihrer Politik immer berücksichtigen. In diesem Punkt denken Sie ähnlich wie Großbritannien, auch wenn ein Referendum über einen Austritt aus der EU in Dänemark zurzeit kein Thema ist.

Sie haben daher beispielsweise 2011 und erneut im November 2015 trotz des Schengen-Abkommens wieder vorübergehende Grenzkontrollen eingeführt, da Sie aufgrund des damaligen Flüchtlingsstroms eine Gefahr für die nationale Sicherheit Dänemarks befürchteten. Ein solches Vorgehen halten Sie sich weiterhin auch für die Zukunft offen.

Mit der Verschärfung des Asylrechts soll Dänemark für Flüchtlinge weniger attraktiv gemacht werden, wie Regierungsmitglieder offen zugegeben haben. Zum Beispiel wurden die Sozialleistungen für Flüchtlinge gekürzt. Besonders stark wurde kritisiert, dass von Asylbewerbern in Dänemark Bargeld und Wertgegenstände eingezogen werden können, um damit deren Kosten zu finanzieren.

Die politischen Debatten in der dänischen Öffentlichkeit zeigen, dass Teile der dänischen Bevölkerung der Einwanderung eher skeptisch gegenüberstehen und Probleme bei der Integration der Migranten in die dänische Gesellschaft befürchten. Eine gemeinsame, von Brüssel aus gesteuerte europäische Flüchtlings- und Asylpolitik löst die Probleme nicht. Letztlich müssen die Fluchtursachen bekämpft werden, das heißt, man sollte den Menschen vor Ort helfen. Dänemark gehört zu den führenden Ländern bei der Entwicklungszusammenarbeit. So wendet das Land jährlich über 2 Mrd. EUR (rund 1 % des BIP) für die Entwicklungshilfe auf. Die EU und die anderen Mitgliedstaaten könnten ihre Bemühungen auf diesem Gebiet weiter ausbauen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Deutschland



Fläche	357.376 km <sup>2</sup>
Einwohnerzahl	81,2 Mio. (2015)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Berlin
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	37.000 € (2015)
Arbeitslosigkeit	4,6 % (2015)
Asylbewerber	476.510 (2015)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	5.441 (2015)

*Sie vertreten als Bundeskanzler/-in und als Innenminister/-in Deutschlands Interessen.*

### Ihre Position

Lange Zeit sahen Sie in der Flüchtlingsproblematik grundsätzlich ein nationalstaatliches Problem, das die betroffenen Länder selbst lösen müssen. Daher befürwortete Deutschland das bestehende Dublin-System. Das Dublin-System stößt aber angesichts der aktuellen Situation an seine Grenzen.

2015 kamen rund 1,1 Mio. Flüchtlinge nach Deutschland, im Herbst 2015 waren es teilweise tausende von Flüchtlingen täglich. Seit diesen Entwicklungen und den Katastrophen im Mittelmeer drängen Sie deshalb darauf, dass sich alle EU-Staaten ihrer gesamteuropäischen Verantwortung bewusst sind. Alle EU-Staaten müssen mithelfen, damit weitere Opfer vermieden werden und die gegenwärtige „Flüchtlingskrise“ gelöst wird. Mit Nachdruck arbeiten Sie an einer europäischen Lösung.

Sie sind weiterhin nicht bereit, Flüchtlinge, die in Italien „gestrandet“ sind, aufzunehmen, da Italien als großer Staat fähig sein muss, eine eigene Lösung zu entwickeln. Das Dublin-System hat sich im Grundsatz bewährt. Allerdings entziehen sich Ihrer Meinung nach einige EU-Staaten ihrer Verantwortung. Da Deutschland überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufnimmt, ist es im deutschen Interesse, über eine gerechte Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge nachzudenken. Die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen auf freiwilliger Basis war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ihr Ziel ist jedoch ein verbindliches Quotensystem. Einem System auf freiwilliger Basis, z.B. in einer Krisensituation wie 2015, würden Sie auch zustimmen.

Italien, Griechenland und Ungarn werfen Sie vor, Flüchtlinge weiterreisen zu lassen, ohne sie zu registrieren. Diese „Politik des Durchwinkens“ darf es nie mehr geben. Die bisher ergriffenen Maßnahmen unterstützen Sie. Dazu gehört auch das Abkommen mit der Türkei. Auch mit anderen Ländern könnten solche Abkommen geschlossen werden.

Sie wollen zwar kein Zurück zu ständigen Grenzkontrollen, jedoch hat auch Deutschland die Möglichkeit genutzt, befristete Grenzkontrollen wieder einzuführen. Die Grenzschließungen

von Staaten wie Österreich, Slowenien oder Kroatien sehen Sie als problematisch an. Nationale Alleingänge können nicht zu einer dauerhaften Lösung führen.

Eine gemeinsame Lösung halten Sie auch im Hinblick auf die Grenzschutzagentur Frontex für nötig. Die Missionen der Grenzschutzagentur sollten langfristig und dauerhaft ausgeweitet werden, besonders wenn Grenzstaaten überfordert sind. Hier könnte Frontex die Staaten an den EU-Außengrenzen dauerhaft mit eigenen Missionen entlasten.

## Ihre Argumente

Deutschland trägt die Hauptlast der Flüchtlinge und Asylsuchenden in der EU. Auch in Schweden, Ungarn und Italien wurden 2015 überdurchschnittlich viele Asylanträge gestellt. In der aktuellen humanitären Krise sind aber alle EU-Staaten gefordert.

Eine gemeinsame europäische Lösung sehen Sie als dringend geboten an, beispielsweise mit einem verbindlichen Quotensystem. Der Kampf gegen Schlepper- und Schleuserbanden und Fluchtursachen muss in Zukunft verstärkt werden. Außerdem unterstützt Deutschland die Frontex-Missionen mit Experten, Schiffen und Helikoptern.

„Wirtschaftsflüchtlinge“ fallen nicht unter den Schutz des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention, da sie weder aus politischen noch aus religiösen Gründen verfolgt werden. Es ist daher nicht notwendig, solche Flüchtlinge aufzunehmen. Die Aufnahme von Arbeitssuchenden kann dort, wo es einen Fachkräftemangel gibt, sinnvoll sein. Die Europäische Union hat derzeit aber über 21 Mio. Arbeitslose. Einige Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland haben sehr hohe Arbeitslosenquoten. Daher darf das Thema Arbeitsmigration nicht mit dem Thema Asyl vermischt werden. Gleichwohl erkennen Sie an, dass die EU-Länder von der Zuwanderung der Flüchtlinge auch wirtschaftlich profitieren könnten.

Deutschland will die Lebensverhältnisse in den Staaten vor Ort verbessern und stellt hierfür Mittel zur Verfügung. Die Aufnahme von „Wirtschaftsflüchtlingen“ würde außerdem nur weitere Anreize für Menschenhändler bieten. Dagegen werden Flüchtlinge mit einem berechtigten Schutzbedürfnis selbstverständlich aufgenommen. Seit dem Beginn des Krieges in Syrien 2011 bieten Sie zehntausenden syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz. Auch im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit während des Nationalsozialismus ist es folgerichtig, wenn Deutschland solche Menschen in Not aufnimmt. Dies sehen in Ihrem Land aber nicht alle so.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Estland



<b>Fläche</b>	45.227 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	1,3 Millionen (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Tallinn
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	15.600 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	6,2 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	230 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	172 (2015)

*Als Premierminister/-in und Innenminister/-in vertreten Sie die Interessen und die Position Estlands auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Als relativ kleines, an Russland und die Ostsee grenzendes Land im Nordosten der EU sind Sie von der Flüchtlingsproblematik im Mittelmeerraum und auf der sogenannten Balkanroute nicht direkt betroffen. Ihre Außenpolitik ist geprägt von engen Beziehungen zu Ihren skandinavischen und baltischen Nachbarn, traditionell sind auch Ihre Beziehungen zu Deutschland eng und freundschaftlich. Ihr Verhältnis zur russischen Regierung hingegen ist historisch und politisch belastet.

Sie sind seit 2007 Mitglied des Schengen-Raums und damit potenziell ein Ziel für Migranten, die in die EU wollen. Selbstverständlich gewährt Ihr Asylsystem politisch Verfolgten Schutz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und der geltenden EU-Asylstandards. Dennoch ist Estland für Flüchtlinge trotz seiner EU-Außengrenze kein attraktives Ziel: 2014 gab es 155 Asylsuchende in Estland, 2015 wurden 230 Asylanträge registriert. Dies ist eine Zunahme auf sehr niedrigem Niveau.

Aufgrund dieser Situation sehen Sie keinen zwingenden Grund, das bestehende europäische Asylsystem - insbesondere die Dublin-Verordnung - zu ändern. Auch einer Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Länder stehen Sie eher skeptisch gegenüber. Allerdings sind Sie sich auch bewusst, dass die EU eine Solidaritätsgemeinschaft ist. Den besonders betroffenen Mitgliedstaaten sollte daher geholfen werden, zum Beispiel mit einer Ausweitung der Frontex-Operationen im Mittelmeer. Auch über eine Teilung der finanziellen Lasten könnte man gemeinsam nachdenken. Einer Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen stehen Sie skeptisch gegenüber.

Sie können während der Tagung deutlich machen, dass Ihnen der Schutz der EU-Außengrenze zu Russland ein wichtiges Anliegen ist. Bei aller nötigen Aufmerksamkeit für die südlichen Außengrenzen darf dies nicht vergessen oder vernachlässigt werden. Je nachdem, wie sich die

politische Situation in Russland entwickelt, könnte es auch aus diesem Land mehr Asylbewerber geben.

### **Ihre Argumente**

Menschenrechtsaktivisten und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kritisieren, dass Flüchtlinge an der estnischen Grenze abgewiesen würden, ohne ihnen die Chance zu geben, einen Asylantrag zu stellen. Diese Kritik weisen Sie zurück. Estland liegt nicht an den Hauptflüchtlingsrouten und ist für Flüchtlinge Ihrer Meinung nach schlichtweg nicht interessant genug. Beispielsweise ist der Lebensstandard für Migranten in anderen EU-Staaten wie Deutschland oder Schweden viel höher.

Insgesamt haben Sie ohne jeden Zweifel vom EU-Beitritt 2004 politisch und wirtschaftlich profitiert. Zudem kann niemand genau vorhersehen, wie sich die globalen Migrationsbewegungen entwickeln werden. Auch Sie könnten in Zukunft mit Problemen an Ihrer Außengrenze konfrontiert werden! Vermeiden Sie daher auf dem Sondergipfel den Eindruck einer „Blockadehaltung“. Betonen Sie, dass Ihnen Solidarität in der EU wichtig ist.

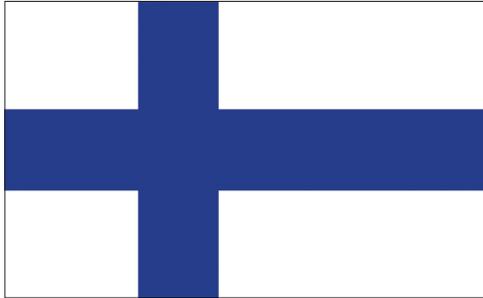
Sie unterstützen die „Idee Europa“ und die europäischen Werte. In menschlichen Notsituationen muss daher geholfen werden, beispielsweise mit einer freiwilligen Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsflüchtlings.

Sie sehen aber in diesen Fragen eher die großen Mitgliedstaaten in der Pflicht. Sie zeigen sich zwar solidarisch, aber nur in den Grenzen Ihrer Kapazitäten als kleines Mitgliedsland.

#### **Arbeitsaufträge:**

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Finnland



<b>Fläche</b>	338.440 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	5,5 Millionen (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Helsinki
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	38.200 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	9,4 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	32.345 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	5.876 (2015)

*Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Finnlands und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Ganz im Norden Europas gelegen, war Finnland vom Anstieg der Flüchtlingszahlen lange nicht betroffen. Allerdings stieg 2015 auch in Finnland die Zahl der Flüchtlinge deutlich an. 2014 wurden etwa 3.500 neue Asylanträge in Finnland gestellt, 2015 waren es über 32.000 Anträge. Die meisten dieser Menschen kommen über Schweden nach Finnland. Bis in die 1980er Jahre gab es praktisch gar keine Einwanderung nach Finnland.

Finnland möchte am bestehenden Dublin-System festhalten und erachtet in einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik hauptsächlich Maßnahmen gegen Schlepperbanden für nötig. Aus diesem Grund befürwortet Finnland eine Ausweitung der Frontex-Operationen zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und wäre bereit, sich mit zusätzlichen Polizeikräften zu beteiligen.

Für den effektiven Kampf gegen illegale Einwanderung bedarf es aus finnischer Sicht nicht nur Einsätze an den EU-Außengrenzen, sondern auch in den Herkunftsländern. Dort könnte mit der Polizei vor Ort zusammengearbeitet werden. Die Verbesserung der Situation der Menschen in den jeweiligen Ländern könnte auch über eine stärkere Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden. Dies könnte Migrationsbewegungen generell eindämmen. Die Entwicklungspolitik sollte auch bei den Migrationspartnerschaften, die die Europäische Kommission vorgeschlagen hat, berücksichtigt werden.

Weisen Sie in den Verhandlungen darauf hin, dass Ihnen der Schutz der EU-Außengrenze zu Russland ein wichtiges Anliegen ist. Die Entwicklungen in Russland und die Ukraine-Krise beobachten Sie mit großer Sorge.

Ein Teil der finnischen Bevölkerung, allerdings nicht die große Mehrheit, ist EU-skeptisch eingestellt, was sich auch in Wahlergebnissen widerspiegelt. Diese Entwicklung bestimmt auch Ihre Position und die Zustimmung zu einem möglichen Kompromiss.

## Ihre Argumente

Finnland verfolgte lange Zeit eine sehr liberale Asylpolitik. Es gibt im ganzen Land Aufnahmezentren für Asylbewerber. Deren Zahl wurde jedoch zuletzt reduziert. In den Aufnahmezentren werden Asylbewerber mit dem Notwendigen versorgt und erhalten Unterstützung. Sie haben u.a. die Möglichkeit, Finnisch oder Schwedisch zu lernen. Außerdem dürfen Asylbewerber in Finnland auch arbeiten. Unter dem Eindruck der „Flüchtlingskrise 2015“ wurde das Asylgesetz jedoch verschärft. Aufenthaltsgenehmigungen werden nun zurückhaltender erteilt. Außerdem hat Finnland versucht, mit Massenabschiebungen andere Flüchtlinge abzuschrecken, nach Finnland zu kommen. So wurden 2.000 irakische Flüchtlinge in den Irak zurückgeführt. Außerdem versucht Finnland, Flüchtlinge, die über andere EU-Staaten eingereist sind, konsequent dorthin abzuschieben.

In Teilen der finnischen Bevölkerung herrscht eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern und Migranten. Für sie sind Flüchtlinge in Finnland nicht willkommen. Die an der Regierung beteiligte rechtspopulistische Partei „Die Finnen“ versucht, Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen und aus der Situation politisches Kapital zu schlagen.

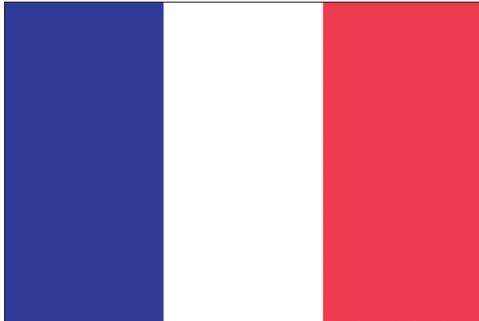
Andererseits setzt sich Finnland auch im internationalen Kontext für Flüchtlinge ein. Jährlich werden aus internationalen Flüchtlingslagern des UNHCR Flüchtlinge aufgenommen. Im Rahmen des Umsiedlungsprogramms der Vereinten Nationen hat Finnland in den letzten Jahren jeweils 750 Flüchtlinge jährlich aufgenommen. 2014 wurde die Quote aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien angehoben und liegt nun bei 1.050 Flüchtlingen, die jährlich zusätzlich aufgenommen werden.

Finnland verfolgt das Ziel, über die finnischen Botschaften stärker mit den Herkunftsländern zusammenzuarbeiten und den Kontakt zwischen den jeweiligen Sicherheits- und Einwanderungsbehörden zu verbessern. Wie alle skandinavischen Länder ist auch Finnland traditionell stark in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Etwa 0,52 Prozent des BIP bringt Finnland jährlich auf und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Frankreich



<b>Fläche</b>	633.187 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	66,4 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Semi-präsidentiale Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Paris
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	32.800 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	10,4 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	75.750 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	1.063 (2015)

*Als Staatspräsident/-in bzw. Innenminister/-in reisen Sie zu dem EU-Gipfel und vertreten die Interessen von Frankreich.*

### Ihre Position

Frankreich hat bereits 2011 und auch 2015 die Grenze zu Italien vorübergehend wieder geschlossen, als Sie einen massenhaften Flüchtlingsansturm befürchteten. Sie setzen sich in außerordentlichen Fällen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums ein. Über Calais und den Ärmelkanal versuchen viele Flüchtlinge, nach Großbritannien zu gelangen, zum Teil kam es dabei zu chaotischen Zuständen. Daher werden Sie auch zukünftig die Grenze mit zusätzlichen Bereitschaftspolizisten schützen.

Allerdings sehen Sie auch die Notwendigkeit der Einrichtung eines europäischen Fonds, um des Flüchtlingsproblems Herr zu werden. Alleine mit restriktiven Maßnahmen lässt sich die aktuelle Situation nicht lösen. Daher können Sie sich auch eine EU-weite Quotenregelung vorstellen. Dies könnte zunächst auf freiwilliger Basis erfolgen. Wichtig ist Ihnen dabei, dass Frankreich dadurch nicht deutlich mehr Asylbewerber aufnehmen muss.

Setzen Sie sich weiterhin für eine Ausweitung des Frontex-Einsatzes ein. Hier sollten Italien und Malta durch die anderen EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden. Allerdings sehen Sie die Notwendigkeit, die Frontex-Mitarbeiter ausdrücklich zu verpflichten, Menschen in Seenot zu retten.

Ähnlich wie in Deutschland ist in Frankreich die Zahl an Asylsuchenden in die Höhe geschossen. Sie hat sich in den vergangenen fünf Jahren deutlich erhöht und lag 2014 bei über 64.000 Asylbewerbern. 2015 wurden über 75.000 Asylanträge gestellt. Die französische Gesellschaft kann eine weitere Steigerung nicht verkraften. Daher setzen Sie sich des Weiteren für ein gemeinsames EU-Asylverfahren ein.

Frankreich kämpft seit Jahren mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Insbesondere die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Zusätzliche Belastungen wollen Sie daher vermeiden. Gerade auch des-

halb, weil viele Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits in Frankreich leben, besonders von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bedroht sind. Außerdem erhält die ausländerfeindliche und EU-kritische Partei „Front National“ großen Zulauf von Wählerinnen und Wählern.

## Ihre Argumente

Sie befürchten einen Eingriff in das nationale Selbstbestimmungsrecht, wenn man die Flüchtlinge nach verbindlich festgeschriebenen Quoten innerhalb der EU verteilt. Dennoch bedarf es einer europäischen Lösung. Hierfür sehen Sie einen europäischen Flüchtlingsfonds und Frontex als geeignetes und die nationale Souveränität nicht beeinträchtigendes Mittel an.

Nationale Grenzkontrollen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten, wenn die EU die Außengrenzen nicht schützen kann. Sie befürchten, dass durch nicht ausreichend geschützte Außengrenzen weitere Terroristen in die EU-Staaten kommen könnten.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von etwa 23,3 Prozent kann sich Frankreich keine weiteren Arbeitssuchenden leisten. Der Ausländeranteil in Frankreich liegt bei weit über 6 Prozent. Sie finden daher, dass man die Einwanderung nach Frankreich stark begrenzen sollte, um den Sozialstaat und die innere Sicherheit nicht zu gefährden.

Die Unruhen durch jugendliche Migranten, die 2005 das Land erschütterten, die Anschläge auf „Charlie Hebdo“ im Januar, im November 2015 in Paris oder im Juli 2016 in Nizza sind in den Köpfen vieler Menschen noch immer gegenwärtig. Sie fürchten, dass die ausländerfeindliche Partei „Front National“ noch weiter Zulauf erhalten könnte. Daher stehen Sie innenpolitisch stark unter Druck. Allzu weitreichenden Regelungen können Sie daher nicht zustimmen. Die islamistischen Anschläge in Frankreich zwingen Sie zu einer harten Haltung.

Selbstverständlich zeigen Sie sich im Falle von Flüchtlingen solidarisch. Menschen, die ihre Heimat verlassen, um vor einem Bürgerkrieg zu flüchten, muss geholfen werden.

Und auch sonst plädieren Sie für die europäische Solidarität, allerdings nicht im Sinne einer Aufnahme von Flüchtlingen, sondern bei der Verhinderung der Einwanderung an sich. Deshalb wollen Sie einen verstärkten Einsatz der EU in den Herkunft- und Transitländern vor Ort, vor allem in Nordafrika, um die Massenflucht von dort zu verhindern. Die Abkommen über Migrationpartnerschaften mit solchen Ländern begrüßen Sie.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Griechenland



Fläche	131.957 km <sup>2</sup>
Einwohnerzahl	10,9 Mio. (2015)
Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Hauptstadt	Athen
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	16.200 € (2015)
Arbeitslosigkeit	24,9 % (2015)
Asylbewerber	13.205 (2015)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	1.047 (2015)

*Sie vertreten als Premierminister/-in und Innenminister/-in auf dem EU-Sondergipfel die Interessen Griechenlands.*

### Ihre Position

Griechenland ist aufgrund seiner geographischen Lage seit Langem von der Flüchtlingsproblematik betroffen. Bereits 2010 hatten Sie die EU um Hilfe durch Frontex-Beamte gebeten, um Ihre Grenze zur Türkei zu überwachen, da Sie allein den Zustrom von Flüchtlingen nicht bewältigen konnten. Sie haben Ihre Landgrenze zur Türkei mit Zäunen, Gräben und zusätzlichen Grenzbeamten gesichert. Dennoch hat sich seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien die Lage für Sie noch verschärft: Über die griechisch-türkische Grenze gelangen mittlerweile die meisten Flüchtlinge in die EU. Dabei kommen immer wieder Menschen bei dem Versuch ums Leben, eine der griechischen Inseln zu erreichen. Für 2015 meldete Frontex über 885.000 solcher Grenzübertritte.

Viele Flüchtlinge wollen eigentlich weiter (z.B. nach Deutschland oder Schweden), können dies aber im bestehenden EU-Asylsystem nicht auf legale Weise tun. Mittlerweile leben über 13.000 Asylbewerber, aber auch über 54.000 Flüchtlinge in Ihrem Land. Durch die aktuelle Situation hat sich diese Krise weiter verschärft, weil die Flüchtlinge nicht mehr weiterreisen können. Daher kritisieren Sie Staaten wie Österreich oder Ungarn für die Grenzschließungen.

Entlastung für Ihr Land hat das Abkommen der EU mit der Türkei gebracht. Seither kommen deutlich weniger Flüchtlinge aus der Türkei nach Griechenland. Waren es zeitweise mehrere tausend Menschen am Tag, liegt die Zahl der Flüchtlinge täglich im zweistelligen Bereich. Bilaterale Abkommen mit Ländern, aus denen oder über die Flüchtlinge und Migranten nach Europa kommen, halten Sie für einen gangbaren Weg.

Sie wehren sich gegen die Aussage, die Flüchtlingspolitik sei eine nationale Angelegenheit. Alle EU-Staaten müssen sich am Grenzschutz und der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen. Die bereits beschlossene Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen muss endlich richtig anlaufen. Langfristig setzen Sie sich für ein verbindliches Quotensystem ein.

Ihre Position beim Sondergipfel ist durch folgende Umstände geschwächt: Griechenland wird wegen den menschenunwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern stark kritisiert. Asylbe-

werber müssen in Griechenland unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Viele EU-Staaten schieben daher keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland ab. Außerdem werfen Ihnen andere EU-Staaten vor, beschlossene Reformen wie die Einrichtung von „Hotspots“ zur Registrierung von Flüchtlingen nur schleppend umzusetzen.

Zudem leidet Griechenland seit 2010 unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, beispielsweise sind über 47 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Ein Ende der schwierigen Finanz- und Wirtschaftssituation in Ihrem Land ist nicht absehbar.

## Ihre Argumente

Griechenland fühlt sich von der EU und den anderen Mitgliedstaaten alleingelassen. Nach Angaben von UNHCR sind in der Türkei über 2,5 Mio. Flüchtlinge. Viele davon wollen Ihrer Meinung nach weiter nach Europa.

Sie weisen die Kritik an Ihrer Flüchtlingspolitik zurück. Dass die Flüchtlinge teilweise unter erbärmlichen Bedingungen in überfüllten Lagern leben müssen, geben Sie zu. Allerdings erinnern Sie auch daran, dass Griechenland sehr hart von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurde. Die von der EU verordnete Sparpolitik macht es für Sie noch schwieriger, die Last der Flüchtlingsströme alleine zu tragen und Ihr Asylsystem zu verbessern. „Alle zeigen mit dem Finger auf Griechenland“, wird ein griechischer Politiker zitiert, „aber nur wenige EU-Länder sind bereit, einige dieser Flüchtlinge aufzunehmen“. Sie verweisen zudem auf die Erfolge bei der Einrichtung der „Hotspots“. Alle Registrierungscentren sind in Betrieb. Eine EU-weite Umverteilung kann beginnen.

Sie befürchten, dass unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Einschnitte sowie der sehr hohen Arbeitslosigkeit rechtsextreme Kräfte weiteren Zulauf erhalten. Es kam bereits zu Übergriffen auf Flüchtlinge. Das kann niemand in Europa wollen!

Um eine gemeinsame Lösung für die Flüchtlingsproblematik zu finden, sollten alle EU-Mitgliedstaaten solidarisch sein. Auch die EU-Kommission ist hier gefordert, Vorschläge zu machen! Sie sind bereit, Ihr Asylsystem zu reformieren, brauchen dafür aber finanzielle und personelle Hilfe. Versuchen Sie, zusammen mit den anderen südlichen Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position zu erarbeiten, betonen Sie aber, dass Sie keinesfalls die EU spalten wollen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Italien



<b>Fläche</b>	302.073 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	60,8 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Rom
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	26.900 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	11,9 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	84.085 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	1.369 (2015)

*Sie vertreten als Ministerpräsident/-in sowie als Innenminister/-in Italiens Interessen.*

### Ihre Position

Angesichts der menschlichen Tragödien im Mittelmeer bestehen Sie mit Malta auf einer gesamt-europäischen Lösung in der Flüchtlingspolitik und verlangen, dass die anderen EU-Staaten sich endlich solidarisch zeigen. Die Lasten durch die angestiegene Zuwanderung müssen auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Die ablehnende Haltung anderer Staaten gegenüber einer europäischen Lösung macht sie wütend. Sie fordern daher zuerst die Aufnahme von Flüchtlingen durch andere EU-Staaten. Weiterhin fordern Sie die Einrichtung eines europäischen Fonds und ein gemeinsames EU-Asylverfahren.

Gerade in der aktuellen Situation muss Europa sich solidarisch zeigen und Italien, das sich in einem innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformprozess befindet, beim Problem der illegalen Einwanderung helfen.

Die Ausstellung befristeter Aufenthaltsgenehmigungen an Flüchtlinge sowie die Entscheidung, Flüchtlinge nicht mehr zu registrieren, sondern ungehindert weiterreisen zu lassen, war eine Folge der fehlenden Solidarität der anderen EU-Staaten. Daher weisen Sie diesbezügliche Kritik zurück. Das Dublin-System ist durch den Flüchtlingsansturm faktisch gescheitert!

Ihre Küstenwache und Marine hat 2013 und 2014 mit der Operation „Mare Nostrum“ Tausenden von Flüchtlingen das Leben gerettet. Trotz der sich daran anschließenden Frontex-Mission „Triton“ konnten Schiffsunglücke mit vielen Toten nicht verhindert werden. Die EU kann diese menschliche Tragödie nicht mehr hinnehmen! Die Mission „Triton“ muss langfristig mit guter finanzieller und personeller Ausstattung gesichert sein.

Auch wenn 2015 die östliche Mittelmeerroute besonders im Mittelpunkt stand, warnen Sie davor, die anderen Fluchtrouten zu vernachlässigen. Daher begrüßen Sie die Bemühungen der

Europäischen Kommission, mit den Staaten Nordafrikas Migrationspartnerschaften auszuhandeln. Die Kommission sollte schnellstmöglich die Verhandlungen aufzunehmen.

## Ihre Argumente

Italien ist auf Grund seiner Nähe zu Afrika extrem von dem Flüchtlingsproblem betroffen. Die Auffanglager auf Lampedusa und Sizilien sind seit Langem hoffnungslos überfüllt. Dieser Zustand ist sowohl für die Flüchtlinge als auch für die italienische Bevölkerung unerträglich. Allein während des „Arabischen Frühlings“ kamen fast 48.000 Flüchtlinge nach Lampedusa. Insgesamt hat sich die Asylbewerberzahl 2014 mehr als verdoppelt. 2015 gab es rund 84.000 Asylsuchende.

Die EU betrachten Sie als Solidargemeinschaft. Es ist Ihrer Meinung nach die Pflicht der anderen EU-Staaten, Italien zu helfen und einen Teil der Lasten zu übernehmen, weil Italien unter einer hohen Staatsverschuldung leidet. Auch Länder wie Ungarn und Polen sind hier gefordert! Länder, die sich einer gemeinsamen Lösung verschließen, können Sie daran erinnern, wie stark diese von der Mitgliedschaft in der EU profitieren. Erinnern Sie die anderen EU-Staaten daran, dass mit dem Schengen-Abkommen italienische Grenzen nun auch europäische Grenzen sind.

Mit Ihrer Mission „Mare Nostrum“ zeigten Sie, dass Sie gewillt waren, die Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu bewahren und gleichzeitig gegen die Schleuserbanden anzukämpfen. Zukünftig sollten diese Ziele in gemeinsamen Frontex-Missionen oder militärischen Missionen verfolgt werden. Die militärische See-Mission „Sophia“ im südlichen Mittelmeer und vor der libyschen Küste ist Ihrer Meinung nach richtig, um Menschenhandel und Schlepperkriminalität zu bekämpfen.

Sie fürchten in Zukunft eine noch größere Flüchtlingswelle von ca. 1,5 Mio. Menschen. Durch die Grenzsicherungen entlang der Westbalkanroute könnte Italien erneut zum Zentrum der Einwanderung in die EU werden.

Das Argument, dass andere EU-Staaten in den letzten Jahren weit mehr Zuwanderer aufgenommen haben als Italien, lassen Sie nicht gelten. Die meisten Flüchtlinge stellen keinen Asylantrag in Italien, weil sie weiter nach Mitteleuropa wollen. Außerdem hat Italien eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 36 Prozent.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Luxemburg



Fläche	2.586 km <sup>2</sup>
Einwohnerzahl	0,6 Mio. (2015)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Luxemburg
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	91.600 € (2015)
Arbeitslosigkeit	6,4 % (2015)
Asylbewerber	2.505 (2015)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	4.194 (2015)

*Sie vertreten als Premierminister/-in und Minister/-in für Immigration und Asyl das Großherzogtum Luxemburg auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Als eines der kleinsten EU-Länder und auf Grund Ihrer geographischen Lage in Mitteleuropa sind Sie nicht unmittelbar von der Flüchtlingsproblematik betroffen. Gleichwohl spüren Sie auch in Luxemburg, dass mehr Menschen in die EU kommen, weil auch bei Ihnen die Zahl der Asylanträge zugenommen hat. 2015 hat sich diese Zahl im Vergleich zu 2014 mehr als verdoppelt.

Machen Sie deutlich, dass Luxemburg als Gründungsstaat der Europäischen Union ein großer Befürworter der europäischen Einigung ist. Das gilt auch für die Bevölkerung. Daher wollen Sie konstruktiv und kompromissbereit an einer gesamteuropäischen Lösung mitarbeiten. Wann immer sich die anderen Staaten nicht einigen können, versuchen Sie nach Lösungen zu suchen, die alle Länder mittragen können. Eine solche gemeinsame Lösung muss den Werten der EU entsprechen. Daher befürworten Sie auch eine solidarische Quotenregelung, die alle gleichmäßig an der Asyl- und Flüchtlingspolitik beteiligt.

Im November 2015 haben Sie im Rahmen eines Umsiedlungsprogramms der EU 30 syrische und irakische Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen. An solchen Programmen sollten sich Ihrer Meinung nach alle EU-Staaten beteiligen.

Weisen Sie darauf hin, dass eine gewisse Zuwanderung wirtschaftlich durchaus sinnvoll ist. Sie haben in Luxemburg damit auch gute Erfahrungen gemacht. Aber machen Sie auch deutlich, dass durch eine übermäßige Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowohl die Integrationskraft der Gesellschaft als auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates überfordert werden kann.

Daher ist es am besten, wenn sich alle EU-Staaten auf Grundlage ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Stärke und gemessen an ihrer Größe an der Lösung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik beteiligen. Eine Diskussion über Obergrenzen lehnen Sie kategorisch ab.

Sie können an das Zusammengehörigkeitsgefühl aller EU-Staaten appellieren. Die EU als Solidargemeinschaft muss sich auch in Krisensituation behaupten können. Es geht nicht, dass die Länder nur von den Vorteilen der europäischen Einigung profitieren wollen.

## Ihre Argumente

Bereits in den letzten Jahren hat Luxemburg Erfahrungen mit sprunghaft ansteigenden Asylbewerberzahlen gemacht. Als 2009 die Visums-Pflicht für die Staaten des Westbalkans wegfiel, verzeichnete auch Luxemburg einen deutlichen Anstieg der Asylanträge.

Mit Einwanderung im Allgemeinen hat Luxemburg in den letzten Jahrzehnten viele positive Erfahrungen gemacht. Mit über 40 Prozent hat Luxemburg den höchsten Ausländeranteil aller EU-Staaten. Aus den südlichen Ländern Europas gab es immer wieder größere Einwanderungswellen. Diese Menschen haben sich gut in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert. In den letzten Jahren konnten Sie einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf über Grenzpendler aus Deutschland, Frankreich und Belgien abdecken. An Resettlement-Programmen von UNHCR hat sich Luxemburg von Fall zu Fall auf freiwilliger Basis beteiligt. So wurden in den letzten Jahren immer wieder mehrere Flüchtlingsfamilien aufgenommen. Andere Länder sollten Ihrem Beispiel folgen!

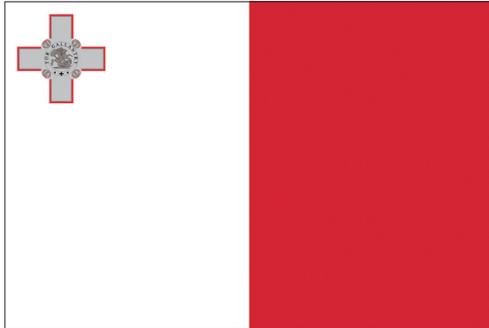
2012 hat Luxemburg seine Asyl- und Flüchtlingspolitik reformiert und verschärft. Die Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge wurden gekürzt und an das europäische Niveau angepasst. Dadurch sollte ein zusätzlicher Anreiz, gezielt nach Luxemburg einzuwandern, abgeschafft werden. Gleichzeitig gibt es in Luxemburg großzügige Regelungen zum Familiennachzug. 2015 stellten über 2.500 Personen einen Asylantrag in Luxemburg. Das sind mehr als in Malta, einem ähnlich kleinen EU-Land, welches allerdings direkt von der Problematik im Mittelmeerraum betroffen ist.

Luxemburg plant nicht, eine Obergrenze für Flüchtlinge oder Asylbewerber einzuführen. Ihrer Meinung nach kann es bei einem Grundrecht oder bei Rechten nach der Genfer Flüchtlingskonvention keine Höchstgrenzen geben. Allen Menschen, die sich in Notlagen befinden und Schutz beanspruchen, muss geholfen werden.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Malta



<b>Fläche</b>	315 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	0,4 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Valletta
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	20.400 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	5,4 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	1.845 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	3.948 (2015)

*Sie sind Premierminister/-in und Minister/-in für Innere Angelegenheiten und Nationale Sicherheit der Republik Malta und reisen gemeinsam zum EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Seit dem EU-Beitritt 2004 ist Ihr Inselstaat das kleinste und zugleich am dichtesten bevölkerte Mitgliedsland der Europäischen Union. Durch Ihre Lage im südlichen Mittelmeer in der Nähe zu Nordafrika sehen Sie sich als „Grenzposten“ der EU. Immer mehr Bootsflüchtlinge machten sich in den letzten Jahren auf den gefährlichen Weg nach Europa, im vergangenen Jahrzehnt stieg auch die irreguläre Migration nach Malta stark an. Allein in Libyen (ca. 340 km von Malta entfernt) befinden sich nach Schätzungen von Experten ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge, von denen nach Ihrer Einschätzung sehr viele weiter in die EU wollen. Oft werden die Flüchtlinge von Ihrer Küstenwache im Zuge von Such- und Rettungsoperationen aufgegriffen und in geschlossenen Auffanglagern bis zu einem Jahr untergebracht. Sie sind natürlich bemüht, allen Flüchtlingen gerecht zu werden und politisch Verfolgten Schutz zu bieten, sind aber mit dem Problem überfordert.

Zudem ereigneten sich in jüngster Zeit im Mittelmeer Katastrophen wie die Schiffsunfälle im Oktober 2013 und im April 2015, bei denen über 1.000 Menschen ums Leben kamen. Die Situation ist für Sie nicht mehr länger tragbar. Sie befürchten, dass das „Mittelmeer zum Friedhof wird“, wenn die EU ihre Flüchtlingspolitik nicht ändert. Es gibt Berichte von bis zu 700 Flüchtlingen, die Ende Mai/Anfang Juni 2016 vor der libyschen Küste auf dem Weg nach Italien ums Leben kamen.

Auch wenn sich seit 2015 die Situation in Ihrem Land entspannt hat, sind Sie der Meinung, dass es nun endlich Zeit ist, eine tragfähige gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen. Seit mehreren Jahren fordern Sie eine gerechte Verteilung der Flüchtlingslast auf alle EU-Staaten. Daher setzen Sie sich für ein verbindliches Quotensystem ein.

## Ihre Argumente

Sie fühlen sich im Stich gelassen und fordern – zusammen mit Italien – eine neue EU-Flüchtlingspolitik. Seit 2002 sind über 20.000 Flüchtlinge nach Malta gekommen. Rund ein Drittel ist auf der Insel geblieben. Das ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr hoch. Auch bei der Asylbewerberquote hat Malta eine der höchsten aller EU-Staaten.

Nach wie vor ist die politische Lage in Nordafrika instabil, es ist also zu befürchten, dass der Flüchtlingsstrom in absehbarer Zeit nicht abreißen wird. Außerdem könnten die Grenzschließungen auf der östlichen Mittelmeerroute und der Westbalkanroute dazu führen, dass wieder mehr Menschen versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

Sie weisen die Kritik an den Lebensbedingungen in Ihren Auffanglagern zurück. Sie würden gerne mehr für die Flüchtlinge tun, sind aber als kleines Land auf Hilfe der EU angewiesen. Immerhin haben Sie Maßnahmen in die Wege geleitet, um die lange Aufenthaltsdauer in diesen Lagern von etwa 18 Monaten deutlich zu reduzieren.

Zukünftige Frontex-Missionen müssen finanziell und personell besser ausgestattet sein. Auch weitere militärische Missionen wie die Mission „Sophia“ müssen in Betracht gezogen werden.

Die anderen EU-Mitgliedstaaten sollten solidarischer sein. Die Flüchtlinge sollten gerechter in der EU verteilt werden. Denkbar wäre auch ein gemeinsamer europäischer Fonds, um die finanziellen Lasten fairer zu verteilen. Gerade die großen und wirtschaftlich starken Länder sind hier gefordert! Das Dublin-System muss geändert werden, auch wenn Länder wie Polen und Ungarn dafür keinen Grund sehen. Nur so kann verhindert werden, dass noch mehr Menschen auf den gefährlichen Mittelmeerrouten ertrinken!

Zusammen mit Italien bemühen Sie sich zudem um einen Dialog mit der libyschen Regierung über eine gemeinsame Strategie bei der Flüchtlingsproblematik. Dieser Dialog sollte von der EU insgesamt geführt werden. Sie begrüßen die Idee der Europäischen Kommission, mit den nordafrikanischen Ländern Migrationspartnerschaften zu begründen.

Sie betonen, dass die jetzige Situation aus humanitären Gründen nicht mehr länger hinnehmbar ist, weder für die Flüchtlinge noch für die maltesische Regierung und Bevölkerung. Es dürfen nicht noch mehr Menschen an Europas Grenzen sterben! Außerdem befürchten Sie, dass ein weiterer Anstieg der Flüchtlingszahlen negative Auswirkungen auf den Tourismus in Malta hat.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Niederlande



<b>Fläche</b>	41.542 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	16,9 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Monarchie
<b>Hauptstadt</b>	Amsterdam
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	40.000 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	6,9 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	44.970 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	2.546 (2015)

*Sie sind Ministerpräsident/-in und Minister/-in für Inneres der Niederlande und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Ihr Land galt lange Zeit als Musterbeispiel für die gelungene Integration von Migranten in die einheimische Gesellschaft. Seit einigen Jahren hat sich dies jedoch gewandelt. Die Aufnahmefähigkeit und -willigkeit hat stark nachgelassen.

Sie können darauf verweisen, dass sich die Niederlande auch im internationalen Kontext sehr für Flüchtlinge einsetzen und jedes Jahr freiwillig Menschen aus Flüchtlingslagern der UNO aufnehmen. Gleichwohl sind Sie damit aber bereits heute an der Grenze des Möglichen angekommen. Die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der niederländischen Gesellschaft stellt für Sie einen wichtigen Gradmesser dar.

Ihnen ist es wichtig, dass bei der Lösung der akuten Flüchtlingskrise in den südlichen EU-Ländern auch andere Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge wie internationale Flughäfen und Seehäfen nicht vergessen werden. Daher sollten Frontex-Operationen nur dann ausgeweitet werden, wenn gewährleistet ist, dass die anderen EU-Außengrenzen weiterhin ausreichend geschützt sind.

Sie sind an einer gemeinsamen Lösung interessiert. Ihr wichtigstes Anliegen ist, dass keine zusätzlichen Lasten auf Ihr Land zukommen. Sie verweisen darauf, dass Sie sich bereits im Rahmen der UNHCR-Flüchtlingshilfe engagieren. Andere EU-Staaten müssen sich Ihrer Meinung nach stärker beteiligen. Es kann nicht sein, dass einige wenige Staaten die Hauptlast tragen müssen.

In Ihrem Land gibt es eine starke migrationskritische und EU-skeptische Bewegung, die Sie durch eine allzu freizügige Asylpolitik nicht zusätzlich stärken wollen.

## Ihre Argumente

Momentan werden Flüchtlingsschutz und Asyl in den Niederlanden durch das Ausländergesetz geregelt. Asylsuchenden kann der Flüchtlingsstatus gewährt werden, wenn sie die Kriterien der Genfer Konvention erfüllen. Das Asylrecht in den Niederlanden wurde in den letzten Jahren immer weiter verschärft. Wird ein Asylantrag abgelehnt, gibt es kaum Einspruchsmöglichkeiten oder andere Möglichkeiten, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten.

Den Vorwurf, die Niederlande engagieren sich nicht ausreichend für Flüchtlinge, können Sie allerdings zurückweisen. Die Niederlande nehmen jedes Jahr etwa 500 Flüchtlinge aus UN-Flüchtlingslagern auf, die für eine Umsiedlung ausgewählt worden sind. Die kulturelle Vielfalt ist eine wichtige Grundlage der niederländischen Integrationspolitik.

Auf der anderen Seite wurden seit 1998 verschiedene neue Zuwanderungs- und Integrationsgesetze eingeführt, die zu einer Verschärfung der bestehenden Gesetzeslage führten. Im Jahr 2003 wanderten erstmals seit 1984 wieder mehr Menschen aus den Niederlanden aus als ein. Dieser negative Wanderungssaldo belief sich zunächst auf 317 im Jahr 2003, stieg aber bis zum Jahr 2006 auf 31.320 an. Mittlerweile liegt die Zahl der Einwanderer wieder über der der Auswanderer.

Noch immer gehören die Niederlande zu den beliebtesten Zielen von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der EU, auch wenn die Zahlen in den letzten Jahren leicht rückläufig waren. Teilweise kommen diese Menschen auch über den Flughafen Amsterdam-Schiphol und die Seehäfen Rotterdam und Amsterdam in Ihr Land. 2014 und 2015 stiegen die Asylbewerberzahlen wieder an. So wurden 2014 über 23.000 neue Asylanträge gestellt. 2015 wurden insgesamt fast 45.000 Asylanträge registriert. Der Menschenrechtskommissar des Europarats hat Ihrem Land attestiert, dass es einen großen Zustrom an Migrant\*innen bewältigen muss und gemessen an der Gesamtbevölkerung relativ viele Aufenthaltsgenehmigungen erteilt (etwa 400.000).

Die Rechtspopulisten („Partei für die Freiheit“) sind die drittstärkste Gruppierung in den Niederlanden. Sie wollen diese Partei mit Ihrer Politik nicht weiter stärken und dieser Partei keinen weiteren Zulauf verschaffen. Es hat sich gezeigt, dass ein nicht kleiner Teil der niederländischen Bevölkerung nicht mit einer liberalen Einwanderungspolitik einverstanden ist. Das müssen Sie bei einem Kompromiss berücksichtigen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Österreich



<b>Fläche</b>	83.879 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	8,6 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Semi-präsidentielle Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Wien
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	39.400 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	5,7 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	88.160 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	9.970 (2015)

*Sie nehmen als Bundeskanzler/-in und Innenminister/-in Österreichs am Gipfeltreffen teil und vertreten die Interessen Ihres Landes.*

### Ihre Position

Österreich war lange Zeit kaum von den zunehmenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen betroffen. Daher waren für Sie Änderungen an den bestehenden Regelungen nicht notwendig. Nachdem sich die Asylbewerberzahlen 2015 in Ihrem Land mehr als verdreifacht haben, hat sich Ihre Position stark gewandelt. Im Inland wurden die Asylgesetze verschärft und die Leistungen für Asylbewerber gekürzt.

Im Sommer hat Österreich die Flüchtlingspolitik Deutschlands unterstützt. Flüchtlinge, die über die Westbalkanroute oder aus Ungarn kamen, hat Österreich aufgenommen oder nach Deutschland weiterreisen lassen. Gemeinsam mit Deutschland haben Sie versucht, eine gemeinsame europäische Lösung herbeizuführen. Prinzipiell wollen Sie auch weiterhin an einer europäischen Lösung mitarbeiten. So lange es diese aber nicht gibt, setzen Sie auf nationale Maßnahmen, um die Zuwanderung von Flüchtlingen deutlich einzudämmen.

Das Hauptproblem, welches Ihrer Meinung nach zur „Flüchtlingskrise“ 2015 geführt hat, ist die „Politik des Durchwinkens“ gewesen. Beginnend in den Ankunftsländern an den EU-Außengrenzen (z.B. Italien und Griechenland) wurde den Flüchtlingen die Weiterreise in andere EU-Staaten gestattet. Diese „Politik des Durchwinkens“ muss endgültig beendet werden!

Falls anderen Staaten Sie für Ihre nationale Flüchtlingspolitik kritisieren, weisen Sie dies entschieden zurück. Die zeitweise Einführung einer Obergrenze und die dauerhafte Schließung Ihrer Grenzen haben dazu geführt, dass die Zahl der Flüchtlinge auf der Westbalkanroute sehr stark zurückgegangen ist. Für die Situation in Griechenland kann man Sie nicht verantwortlich machen. Gleichwohl sind Sie offen für eine Unterstützung von Staaten, die besonders von der Flüchtlingskrise betroffen sind.

Das Abkommen der EU mit der Türkei sehen Sie auf Grund der aktuellen Entwicklungen in der Türkei als problematisch an. Sie kritisieren, dass sich die EU in der Flüchtlingspolitik von der Türkei abhängig gemacht hat.

## Ihre Argumente

Der starke, teilweise unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen gefährdete die Sicherheit und Ordnung in Österreich. Die Stimmung in der Bevölkerung drohte zu kippen. Daher wurden nationale Maßnahmen eingeleitet, um die Zugangszahlen deutlich zu reduzieren.

Die Schließung Ihrer Grenzen führte dazu, dass beginnend in Mazedonien alle Staaten des Westbalkans ihre Grenzen für Flüchtlinge weitestgehend geschlossen haben. Diese Entwicklung hat Österreich in Kauf genommen. Der starke Rückgang der Flüchtlingszahlen gibt Ihnen Recht. Österreich hat deshalb angekündigt, bei Bedarf auch die Grenze zu Italien zu schließen.

Im Rahmen von Resettlement-Programmen von UNHCR haben Sie in den letzten Jahren jeweils bis zu 1.000 Flüchtlinge aufgenommen. Auch weiterhin sind Sie bereit, Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen. Allerdings müssen sich alle EU-Staaten daran beteiligen. Es kann Ihrer Meinung nach nicht sein, dass sich einige Länder sehr stark zurückhalten.

Österreich hatte vorübergehend auch eine Obergrenze und Tageskontingente für Flüchtlinge eingeführt. Diese sind aber rechtlich umstritten. Ein Rechtsgutachten kam zu dem Ergebnis, dass Obergrenzen nicht zulässig seien.

Langfristig ist es für Österreich wichtig, dass die Fluchtursachen bekämpft werden. Hier können neue Programme der Entwicklungszusammenarbeit mit einer guten finanziellen Ausstattung der richtige Ansatz sein. Außerdem würde sich Österreich auch an einer stärkeren Unterstützung von UNHCR beteiligen.

Die FPÖ, eine rechtspopulistische Partei, ist die drittstärkste Gruppierung in Österreich. Aktuelle Umfragen sehen sie sogar als stärkste Kraft im Land. Sie wollen diese Partei mit Ihrer Politik nicht weiter stärken und ihr keinen weiteren Zulauf verschaffen. Das müssen Sie bei einem Kompromiss berücksichtigen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Polen



<b>Fläche</b>	312.679 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	38 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Warschau
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	11.100 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	7,5 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	12.190 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	270 (2015)

*Sie reisen als Premierminister/-in und als Innenminister/-in Polens zum EU-Sondergipfel und vertreten dort die polnischen Interessen.*

### Ihre Position

Sie sind wegen Ihrer geographischen Lage nicht akut von den Flüchtlingswellen im Süden Europas betroffen. Gemessen an der Bevölkerungszahl haben Sie vergleichsweise wenige Asylbewerber und Flüchtlinge. Allerdings stieg auch bei Ihnen 2015 die Zahl der Asylanträge auf über 12.000 deutlich an.

Langfristig sehen Sie die Gefahr, dass es durch Konflikte in Osteuropa, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion oder in Zentralasien auch zu größeren Flüchtlingswellen nach Polen kommen könnte. Hier können Sie auf die Krisen in der Ukraine und im Kaukasus verweisen. Aus diesen Regionen (vor allem aus Russland, der Ukraine und Georgien) kommen auch heute schon die meisten Flüchtlinge nach Polen. Aus Syrien und Nordafrika hingegen suchten 2014 und 2015 nur sehr wenige Menschen bei Ihnen Asyl.

Daher wollen Sie sich als konstruktiver EU-Partner erweisen und an einer gemeinsamen Lösung des aktuellen Problems mitarbeiten. In erster Linie müssen dabei aber die nationalen Interessen der Mitgliedsländer und die Stimmung in der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Sie agieren zurückhaltend und warten zunächst ab, welche Vorschläge präsentiert werden. Die Zustimmung der Vorgängerregierung zur freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen EU-Staaten ist in Polen umstritten, nach dem Regierungswechsel haben Sie die zunächst zugesagte Aufnahme von 7.000 Flüchtlingen nach Protesten in der Bevölkerung wieder rückgängig gemacht.

Sie weisen darauf hin, dass auch Polen eine EU-Außengrenze hat. Bei aller Dringlichkeit der Probleme an den südlichen Außengrenzen ist es Ihnen wichtig, dass auch die östliche Außengrenze ausreichend und dauerhaft gesichert wird. Insbesondere die Krise in der Ukraine beob-

achten Sie mit großer Sorge. Russland ist für Ihr Land schon immer ein schwieriger Partner. Aber die Entwicklungen der aggressiven russischen Außenpolitik beunruhigen Sie.

## Ihre Argumente

Polen gilt hauptsächlich als Auswanderungsland. Aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Ost- und Westeuropa fungiert es seit den 1990er Jahren häufig als Transitland für Migranten. Daneben entwickelt es sich als Zielland – vor allem für Migranten aus seinen östlichen Nachbarländern (Ukraine, Weißrussland, Russland) und anderen Teilen der früheren Sowjetunion.

Sollte es jemals zu einer Quotenregelung für Asylbewerber kommen, dann müsste Polen deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen als heutzutage. Dies könnte zu Protesten in den ländlich und konservativ geprägten Teilen der Bevölkerung führen. Allerdings ist die polnische Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage gespalten: Meinungsumfragen zufolge befürwortet aktuell mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Polen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Ländern mit bewaffneten Konflikten, rund 38 Prozent sind dagegen.

Besonders kritisch wird in Ihrem Land, wie in anderen osteuropäischen EU-Staaten auch, die Aufnahme von Flüchtlingen mit muslimischem Glauben gesehen. Sie befürchten größte Schwierigkeiten bei der Integration von Menschen, die aus ganz anderen Kultur- und Religionskreisen nach Europa kommen.

Die Bedingungen für Zuwanderer sind in Polen nicht optimal. Arbeitsmigranten haben keinerlei Ansprüche auf Integrationshilfen, sodass hier vor allem die familiären Netzwerke der Migranten von zentraler Bedeutung sind.

Teilweise werden Flüchtlinge eingesperrt, um sie zu zwingen, ihre Identität offenzulegen. Anschließend werden sie oftmals in ihr Herkunftsland abgeschoben. Im Rahmen einer Reform des Ausländergesetzes im Jahr 2003 wurde jedoch das Konzept einer Duldung (Aussetzung der Abschiebung) eingeführt. Nach etwa einem Jahr können Zuwanderer eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Portugal



<b>Fläche</b>	92.226 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	10,4 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Lissabon
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	17.300 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	12,6 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	895 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	80 (2015)

*Sie vertreten als Premierminister/-in und Innenminister/-in die Interessen von Portugal auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Portugal ist, anders als die anderen südlichen Mitgliedstaaten, kein attraktives Ziel für Flüchtlinge, die nach Europa wollen. Im Jahr 2014 verzeichneten Sie insgesamt nur 445 Asylbewerber. 2015 stieg die Zahl der Anträge auf knapp 900. Obwohl Sie also nicht direkt von der Flüchtlingsproblematik betroffen sind, sehen Sie die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge. Solidarität war immer ein grundlegender Wert der EU. Für Sie ist daher das Projekt der europäischen Einigung insgesamt bedroht, sollten sich die Mitgliedsländer nicht auf eine europäische Lösung einigen können. Eine solche gemeinsame Lösung zwischen den EU-Staaten könnte eine Quotenregelung sein. Bei der Festlegung von Quoten ist es Ihnen allerdings wichtig, dass die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage Portugals angemessen berücksichtigt wird.

Portugal ist durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2010 geschwächt. Dennoch sind Sie selbstverständlich bereit, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Flüchtlinge, z.B. von Malta, aufzunehmen. Zudem könnten Sie sich vorstellen, dass sich Ihr Land stärker an Frontex-Operationen oder militärischen Missionen im Mittelmeer beteiligt. Beispielsweise könnten Schiffe der portugiesischen Küstenwache eingesetzt werden.

Ähnlich wie in Spanien kommen auch nach Portugal viele Arbeitsmigranten aus Lateinamerika (z.B. Brasilien). Die Integration dieser Migranten ist bereits eine große Herausforderung für Ihr Land.

## Ihre Argumente

Bislang galt die EU als vorbildliches Bündnis der Solidarität zwischen Staaten. Die europäischen Staaten haben immer eine Politik des wechselseitigen Interessenausgleichs verfolgt. Sie verstehen die Forderungen von Italien und den anderen Mittelmeerstaaten, aber auch von Ungarn, das 2015 mit einem großen Flüchtlingsansturm konfrontiert war. Diese Länder an den EU-Außengrenzen oder an den großen Migrationsrouten sollten mit der Flüchtlingsproblematik nicht allein gelassen werden. Die gegenwärtige Problematik darf aber nicht zu einer Spaltung der EU führen! Insbesondere die Haltung der osteuropäischen Regierungen in der Flüchtlingsfrage macht Ihnen in dieser Hinsicht Sorgen. Eine reine Politik der Abschottung, wie Ungarn sie aktuell betreibt, kann Ihrer Meinung nach nicht die Lösung sein.

Ihr vorrangiges Ziel ist es, dass auf dem EU-Sondergipfel ein Kompromiss gefunden wird. Sie appellieren daher insbesondere an Deutschland und Frankreich, zu denen Sie gute Beziehungen unterhalten, auf eine gemeinsame Lösung hinzuarbeiten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die europäische Solidarität nur eine leere Worthülse ist.

Weiterhin haben Sie die Befürchtung, dass sich die Wanderungsbewegungen von Flüchtlingen durch Grenzschießungen verlagern könnten. Dann wäre es auch denkbar, dass Flüchtlinge versuchen, verstärkt über Portugal in andere EU-Staaten zu gelangen.

Angesichts Ihrer wirtschaftlichen Lage und Ihrer hohen Arbeitslosigkeit (12,6 Prozent im Jahr 2015) sehen Sie sich aber nicht in der Lage, eine sehr große Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen. Ihr aktiver Beitrag hätte eher einen symbolischen Charakter. Eher symbolisch ist auch Portugals Verpflichtung, jährlich etwa 45 UNHCR-Flüchtlinge aufzunehmen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Schweden



<b>Fläche</b>	438.574 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	9,7 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Monarchie
<b>Hauptstadt</b>	Stockholm
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	45.400 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	7,4 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	162.450 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	16.016 (2015)

*Als Ministerpräsident/-in bzw. Minister/-in für Migration und Asylpolitik reisen Sie zum EU-Sondergipfel und vertreten die schwedischen Interessen.*

### Ihre Position

Sie betreiben seit vielen Jahren grundsätzlich eine offene Einwanderungspolitik. Im Jahr 2015 verzeichnete die für Migrationsfragen zuständige Behörde über 441.000 Aufenthaltsanträge, die meisten aufgrund von Familienzusammenführung, Arbeit oder Studium.

Auch in der Flüchtlings- und Asylpolitik im engeren Sinn sind Sie einer liberalen Haltung und humanen Werten verpflichtet. Schweden begreift sich als Zufluchtsort für Menschen, die vor Verfolgung und Unterdrückung fliehen. Sie möchten der Tendenz in Europa, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten, entgegenwirken.

2015 wurden in Schweden über 162.000 Asylbewerber verzeichnet, nur Deutschland und Ungarn hatten eine höhere Anzahl. 2015 hat sich die Zahl der Asylbewerber in Schweden somit fast verdoppelt. Bezogen auf die Bevölkerung hat Schweden eine der höchsten Asylbewerberquoten aller EU-Staaten.

Im November 2015 kündigten Sie angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation an, Ihr Asylrecht zu verschärfen und befristete Grenzkontrollen einzuführen, auch wenn Ihnen dieser Schritt nicht leicht fiel.

Ihr übergeordnetes Ziel ist weiterhin die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Flüchtlinge sollten überall in der EU denselben Schutz erhalten – auf möglichst hohem Niveau. Alle EU-Mitgliedstaaten sollten sich solidarisch zeigen und die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz teilen. Sollte ein verbindliches Quotensystem nicht durchsetzungsfähig sein, könnte die EU-weite Verteilung von Flüchtlingen auch über ein „Relocation Program“ umgesetzt werden. Damit ist die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen in einem EU-Land durch andere EU-Staaten gemeint.

Sie setzen sich zudem für die Einrichtung eines gemeinsam finanzierten europäischen Flüchtlingsfonds ein. Außerdem setzen Sie sich vehement dafür ein, dass auch die Integration von Migranten und besonders von Flüchtlingen auf dem Sondergipfel diskutiert wird.

## Ihre Argumente

Eine solidarische Lastenteilung innerhalb der EU kann nur erfolgen, wenn alle Mitgliedstaaten bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie haben 2014 8.000 syrischen Flüchtlingen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht gewährt. Zu einem solchen Schritt konnte sich bisher noch kein anderes EU-Land entschließen. Das „Wegschauen“ der anderen EU-Länder wollen Sie nicht mehr länger akzeptieren. „Wenn das Haus des Nachbarn brennt“, schreibt eine schwedische Tageszeitung, „dann öffnet man die Tür!“. Außerdem hat sich Schweden verpflichtet, jährlich bis zu 1.900 Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen. Damit nehmen Sie innerhalb der EU auch bei den Resettlement-Aktivitäten von UNHCR eine Spitzenposition ein.

Zudem sollte man den Flüchtlingen einen Neubeginn ermöglichen. Deshalb wollen Sie dafür sorgen, dass auch Einwanderer ohne Papiere Zugang zu den Sozial- und Bildungssystemen erhalten. Außerdem fördert Schweden auch zukünftig die Zuwanderung von Arbeitskräften.

Laut einer Umfrage bewerten 63 Prozent der Schweden die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der letzten Jahre positiv. Sie können sich also auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen. Allerdings warnen Sie davor, dass in Schweden die Stimmung in der Bevölkerung kippen könnte, wenn andere Staaten sich weiterhin ihrer Verantwortung entziehen. Bereits in den letzten Jahren haben fremdenfeindliche Übergriffe und EU-kritische Stimmen zugenommen. Bei einer anderen Umfrage gaben etwa 60 Prozent der Befragten an, dass die Integration von Migranten nicht besonders gut gelinge. Daher müssen die Anstrengungen zur Integration deutlich ausgebaut werden.

Sie verweisen auch darauf, dass Schweden seiner Verantwortung gegenüber Entwicklungsländern gerecht wird. Schweden leistet gemessen an seiner Wirtschaftskraft mit über 4 Mrd. Euro weltweit einen der größten Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit. Eine solche Verantwortung muss auch die EU als Ganzes wahrnehmen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Slowenien



<b>Fläche</b>	20.273 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	2,1 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Demokratie
<b>Hauptstadt</b>	Ljubljana
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	18.700 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	9,0 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	275 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	126 (2015)

*Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Sloweniens und vertreten die Interessen Ihres Landes auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Seit immer mehr Flüchtlinge versuchen, über die Balkanroute in die EU zu gelangen und Ungarn seine Grenzen abgeriegelt hat, sind Sie zum Durchgangsland geworden. Sie haben lange Zeit den Flüchtlingen die Weiterreise nach Österreich und Deutschland gestattet, da diese ohnehin nicht in Slowenien bleiben wollten. 2015 gab es in Ihrem Land nur 275 Asylbewerber. Das waren etwa 100 weniger als 2014.

Diese Situation als Transitland war für Sie nicht mehr länger tragbar! Slowenien kann nicht dauerhaft als „Korridor“ für Flüchtlinge dienen. Sie haben daher Ihre Grenze zu Kroatien mittlerweile mit einem Zaun gesichert. Außerdem haben Sie im Oktober 2015 die Zahl der Personen, die täglich nach Slowenien einreisen dürfen, auf 2.500 begrenzt.

Grundsätzlich sehen Sie die Flüchtlingsfrage als europäisches Problem, das einer europäischen Lösung bedarf. Als kleines EU-Land sind Sie bereit, entsprechend Ihrer Größe einen Beitrag zu leisten. Insbesondere für die Balkanroute muss eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Hier könnte eine Frontex-Mission Slowenien entlasten.

Sie denken, dass es sich hierbei um eine humanitäre Krise handelt und man als modernes europäisches Land eigentlich verpflichtet ist, einen Teil der Last zu tragen. Allerdings lässt es die wirtschaftliche Situation in Slowenien derzeit nicht zu, sehr viel mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Einer automatischen Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten nach einer Quotenregelung stehen Sie deswegen eher ablehnend gegenüber.

Denkbar wäre, dass sich alle Mitgliedstaaten intensiver an den Frontex- oder anderen Missionen im Mittelmeer beteiligen, um Flüchtlinge zu retten und die Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

## Ihre Argumente

Sie beteiligten sich 2014 an der mittlerweile beendeten italienischen Rettungsmission „Mare Nostrum“, bei der schon tausenden Flüchtlingen das Leben gerettet werden konnte. Ganz Europa sollte Ihrem Beispiel folgen und seinen Teil zur Lösung der Flüchtlingsproblematik beitragen, beispielsweise durch finanzielle und personelle Unterstützung von gemeinsamen Rettungs- und Grenzschutzmissionen im Rahmen von Frontex. Die Staaten, die an den Haupt-Fluchtrouten liegen (Mittelmeer und Balkan), dürfen von den anderen und der EU nicht allein gelassen werden. Es kam in Slowenien bereits zu Unruhen in Auffanglagern.

Wenn es um humanitäre Zwecke geht, muss man den Menschen in solch schwierigen Situationen helfen. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen muss aber der Aspekt der Sicherheit im Auge behalten werden. Es darf nicht dazu kommen, dass Terroristen Zugang ins Land erhalten.

Slowenien war nach seiner Unabhängigkeit von zwei großen Flüchtlingswellen betroffen. Anfang der 1990er Jahre sind rund 70.000 Flüchtlinge vor dem Krieg auf dem Balkan zu Ihnen geflohen und später kamen wegen des Irak-Kriegs etwa 40.000 Flüchtlinge nach Slowenien. Da sich die Situation 2016 entspannt hat, halten Sie einen anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen zunächst für eher unwahrscheinlich. Diese Phase sollte nun dazu genutzt werden, die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU krisenfest zu machen. Bei der Suche nach Lösungen sollten sich Ihrer Meinung nach die großen Mitgliedstaaten solidarisch zeigen und alle EU-Staaten konstruktiv mitarbeiten.

Hauptsächlich die Entscheidung Österreichs, seine Grenzen zu schließen, aber auch die restriktive Politik Ungarns ließ Ihnen gar keine andere Wahl, als Ihre eigenen Grenzen zu schließen. Hier wünschen Sie sich zukünftig ein abgestimmtes Verhalten der EU-Staaten.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Spanien



<b>Fläche</b>	505.944 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	46,5 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Monarchie
<b>Hauptstadt</b>	Madrid
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	23.300 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	22,1 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	14.780 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	314 (2015)

*Sie vertreten als Regierungspräsident/-in und Innenminister/-in die Position von Spanien auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Viele Jahre lang war Spanien das Hauptziel für afrikanische Flüchtlinge, allein 2006 kamen fast 40.000 Flüchtlinge nach Spanien. Trotz der daraufhin verschärften Überwachung Ihrer Grenzen und dem Ausbau des Grenzschutzes versuchen in letzter Zeit wieder mehr Menschen, über Spanien in die EU zu gelangen. Die Zahlen blieben aber moderat. Dies hängt Ihrer Meinung nach auch damit zusammen, dass Spanien seit einigen Jahren beim Grenzschutz erfolgreich mit Marokko kooperiert. Außerdem hat Spanien mit verschiedenen afrikanischen Staaten (z.B. Senegal und Nigeria) Rückführungsabkommen geschlossen.

Sie unterstützen daher Italien und die anderen südlichen Mitgliedstaaten in der Forderung nach einer europäischen Lösung. Das Flüchtlingsproblem betrifft nicht nur die Mittelmeeranrainer alleine, sondern ganz Europa. Sich als einzelner Mitgliedstaat von den Fluchtbewegungen durch Grenzbefestigung abzuschotten, wie zum Beispiel Ungarn, kann Ihrer Meinung nach nicht die Lösung sein. Daher fordern Sie auch eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, insbesondere eine Reform des Dublin-Systems. Einer EU-weiten Quotenregelung stehen Sie generell offen gegenüber. Diese sollte aber fair und realistisch sein. Sie könnten z.B. mit einer Regelung auf freiwilliger Basis leben. Notwendig ist Ihrer Meinung nach auch eine Erweiterung der Frontex-Mission. Allerdings sehen Sie die Notwendigkeit, die Frontex-Mitarbeiter ausdrücklich zu verpflichten, Menschen in Seenot zu retten.

Ihr Land erholt sich nur langsam von einer schweren wirtschaftlichen Krise. Ähnlich wie Italien fordern Sie in dieser Situation die Hilfe der anderen Mitgliedsländer bei dem Problem der illegalen Einwanderung. Diese sollte von der EU entschlossen bekämpft werden. Allerdings sollten Flüchtlinge, die nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern wegen politischer oder religiöser Verfolgung nach Europa kommen, aufgenommen werden. Das gebieten die Genfer Flüchtlingskonvention und die von der EU international vertretenen Menschenrechte.

Die gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU könnte über einen europäischen Flüchtlingsfonds finanziert werden. Die Mitgliedstaaten sollten sich auf eine solidarische und faire Verteilung der Flüchtlinge einigen.

Sie machen deutlich, dass Spanien seine Hausaufgaben in Bezug auf die Sicherung der Außengrenzen gemacht hat. Die spanischen Außengrenzen sind gut gesichert, sowohl durch Grenzanlagen als auch durch Grenzpolizisten. So sollten es auch die anderen Länder mit EU-Außengrenzen machen.

## Ihre Argumente

Sie sind der Meinung, dass sich Europa schon bald mit einer großen Zahl an weiteren Flüchtlingen konfrontiert sehen wird. Nach Informationen Ihres Innenministeriums könnte über Marokko und Mauretanien eine nicht unerhebliche Zahl von Flüchtlingen versuchen, nach Spanien zu gelangen. Es wäre daher fatal, nichts zu unternehmen, die Augen zu schließen und abzuwarten, was passiert.

Spanien teilt als einziges EU-Land durch die Exklaven Melilla und Ceuta an der marokkanischen Mittelmeerküste eine Landgrenze mit Afrika. Sie sind daher ein begehrtes Ziel afrikanischer Migranten. In Melilla versuchen die Flüchtlinge, über den sieben Meter hohen Grenzzaun zu gelangen. In Ceuta versuchen die Flüchtlinge, vor allem über das Wasser einzureisen. Ihre Exklaven sind stark gesichert, dennoch schaffen es immer wieder größere Gruppen auf spanisches Gebiet. Auch die Kanarischen Inseln sind immer noch das Ziel von Flüchtlingen. Die Bekämpfung von Schlepperbanden sehen Sie daher als sehr wichtig an.

Im Jahr 2015 lag die Arbeitslosenquote bei 22,1 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit über 45 Prozent sogar noch deutlich höher. Spanien ist daher nicht bereit, „Wirtschaftsflüchtlinge“ aufzunehmen, da in der eigenen Bevölkerung die Arbeitslosigkeit noch immer sehr hoch ist. Außerdem leben in Spanien viele Arbeitsmigranten aus lateinamerikanischen Ländern, deren Integration bereits großer Anstrengungen bedarf. Die Asylproblematik hingegen spielt in Spanien eine untergeordnete Rolle. 2015 stellten nicht einmal 15.000 Menschen einen Antrag auf Asyl.

Vielmehr fordern Sie eine EU-weite Solidarität. Die Lasten und Herausforderungen durch die hohe Zuwanderung müssen Ihrer Meinung nach gemeinsam gelöst werden. Trotz der eigenen schwierigen wirtschaftlichen Situation unterstützen Sie UNHCR, indem Sie jährlich bis zu 100 Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen aufnehmen.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Ungarn



<b>Fläche</b>	93.011 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl</b>	9,9 Mio. (2015)
<b>Regierungsform</b>	Parlamentarische Republik
<b>Hauptstadt</b>	Budapest
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf</b>	11.100 € (2015)
<b>Arbeitslosigkeit</b>	6,8 % (2015)
<b>Asylbewerber</b>	177.135 (2015)
<b>Asylbewerber pro Mio. Einwohner</b>	17.699 (2015)

*Sie sind Ministerpräsident/-in und Innenminister/-in Ungarns und vertreten Ihr Land gemeinsam beim EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Ungarn sieht sich von der aktuellen Flüchtlingsproblematik als Grenzstaat direkt und stark betroffen. Entsprechend gering ist Ihre Bereitschaft, mehr Solidarität mit Deutschland oder auch den südlichen EU-Ländern zu zeigen. Sie verweisen darauf, dass Sie ebenfalls mit einer starken Zunahme der Asylbewerberzahlen zu kämpfen haben. Gemessen an der Bevölkerungsgröße trägt Ungarn die Hauptlast! 2015 strömten zeitweise täglich tausende Flüchtlinge über Ihre Grenze, bis klar war, dass Sie sie nicht mehr versorgen konnten. Diese Asylsuchenden kommen hauptsächlich aus Staaten des Westbalkans (ehemaliges Jugoslawien), dem östlichen Europa zu Ihnen, aber auch verstärkt über die Westbalkanroute.

Sie lehnen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Asylbewerber in Ihrem Land ab. Ihrer Meinung nach müssen Staaten sich in Krisensituationen selbst helfen, die EU kann nach Ihrer Ansicht diese Aufgabe nicht angemessen erfüllen. Mittlerweile haben Sie Ihre Grenzen zu Serbien und Kroatien mit Zäunen gesichert und den Flüchtlingsstrom damit nahezu vollständig eingedämmt.

Sollten andere Staaten Ihnen vorwerfen, Sie würden eine restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik betreiben, können Sie darauf verweisen, dass sich sehr wohl Asylbewerber und Flüchtlinge in Ungarn aufhalten. Wie Ungarn mit ihnen verfährt, ist für Sie eine nationale und keine EU-Angelegenheit. Daher lehnen Sie auch eine gemeinsame EU-weite Asylpolitik ab. Andere EU-Staaten können sich gerne auf freiwilliger Basis gegenseitig helfen. Eine verbindliche Quotenregelung sehen Sie jedoch als Eingriff in die nationale Souveränität äußerst kritisch. Auch lösen Verteilungsquoten für Sie keine akuten Krisen, die durch einen massenhaften Flüchtlingsansturm ausgelöst werden. Bis tausend Flüchtlinge verteilt sind, sind schon wieder zehntausend angekommen!

Einer Ausweitung des Schutzes der EU-Außengrenzen können Sie zustimmen. Sie halten jedoch auch Kontrollen an den nationalen Grenzen innerhalb der EU für weiterhin nötig, um

nicht gewollte Wanderungen zwischen den EU-Staaten zu unterbinden, obwohl solche Grenzkontrollen dem Sinn des Schengen-Abkommens widersprechen. Außerdem müssen auch die östlichen EU-Außengrenzen ausreichend gesichert werden. Der Schwerpunkt sollte dabei auf der Bekämpfung von illegaler Einwanderung und von Schleuserkriminalität liegen.

## Ihre Argumente

Ungarn hat eine sehr restriktive Asylpolitik. Es kann vorkommen, dass Asylbewerber monatelang in Haft oder haftähnlichen Zuständen leben müssen. Dies ist zum Beispiel in den Transitzonen der Fall, in denen sich Asylbewerber aufhalten müssen, bis über ihren Antrag entschieden wurde. Wenn ein Antrag abgelehnt wurde, gibt es generell Abschiebehaft. Ungarn wird vorgeworfen, Flüchtlinge wie Verbrecher zu behandeln. Beispielsweise werden Flüchtlinge ohne Verfahren in die Länder abgeschoben, aus denen sie eingereist sind, auch wenn es dort keinen ausreichenden Schutz für Flüchtlinge gibt. So wurde Serbien zu einem sicheren Drittstaat erklärt, um dorthin Asylbewerber abschieben zu können.

In den anderen EU-Ländern ist man teilweise über die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus und die Intoleranz gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden in Ungarn besorgt. Auch die harten Haftbedingungen, denen Asylsuchende ausgesetzt sind, werden immer wieder kritisiert. Für Oktober 2016 hat die ungarische Regierung eine Volksabstimmung angesetzt. Dabei soll geklärt werden, welche Meinung die Bevölkerung von Ungarn zu einer EU-weite Verteilung von Flüchtlingen hat. Die aktuelle Regierung tritt dafür ein, dass die Bevölkerung eine solche Verteilung mehrheitlich ablehnt. Außerdem hat Ungarn Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den Beschluss über eine Verteilung von 160.000 Flüchtlingen eingereicht.

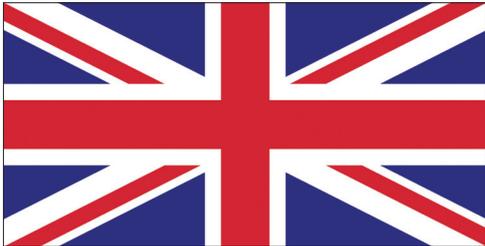
Ungarn ist für viele Flüchtlinge eher ein Durchreiseland. Viele Einwanderer versuchen, weiter nach Österreich oder Deutschland zu gelangen, woran Sie sie auch weiterhin nicht hindern werden. Ihre sehr strenge Asylpolitik schreckt viele Flüchtlinge ab, in Ungarn einen Asylantrag zu stellen. Auch das gesellschaftliche Klima ist eher ablehnend.

Die Flüchtlingskrise kann Ihrer Meinung nach nicht von der EU gelöst werden, die letztlich immer zu spät reagiert. Solange Länder wie Griechenland ihre Grenzen nicht sichern und Länder wie Deutschland sich zu großzügig bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, bleibt die Flüchtlingspolitik für Sie eine nationale Angelegenheit. Diese Länder laden Ihrer Meinung Flüchtlinge geradezu dazu ein, nach Europa zu kommen. Daher sehen Sie die aktuelle Flüchtlingskrise in erster Linie auch als ein „deutsches Problem“.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Vereinigtes Königreich



Fläche	248.528 km <sup>2</sup>
Einwohnerzahl	64,9 Mio. (2015)
Regierungsform	Parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	London
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf	39.600 € (2015)
Arbeitslosigkeit	5,3 % (2015)
Asylbewerber	38.800 (2015)
Asylbewerber pro Mio. Einwohner	591 (2015)

*Sie sind Premierminister/-in und Innenminister/-in und vertreten die Interessen des Vereinigten Königreichs auf dem EU-Sondergipfel.*

### Ihre Position

Nach dem Brexit-Referendum ist Ihre Position innerhalb der EU deutlich geschwächt. Viele andere Mitgliedsländer haben Sie aufgefordert, sofort den Austrittsantrag zu stellen. Sie wollen sich aber Zeit lassen. Bis zum Austritt in spätestens zwei Jahren wird das Vereinigte Königreich an allen Sitzungen teilnehmen. Sie machen aber deutlich, dass Sie sich an das Votum der Wahlberechtigten gebunden fühlen.

Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation, zum Beispiel der menschlichen Katastrophe im Mittelmeer, ist Großbritannien bereit, sich an der Rettung von Schiffbrüchigen zu beteiligen. Sie weigern sich aber strikt, auch nur einen nordafrikanischen Flüchtling aufzunehmen und auch in Zukunft werden Sie jede Anfrage, Migranten und Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen aufzunehmen, mit einem klaren Nein beantworten. Allerdings haben Sie bisher ca. 2.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die vor dem Bürgerkrieg geflohen sind. Außerdem kommen jährlich etwa 750 Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms in das Vereinigte Königreich. Ihr Land hat sich zudem bereit erklärt, bis 2020 20.000 Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen. Ihrer Meinung nach lässt sich aber die aktuelle Flüchtlingssituation nicht mit unendlicher Großzügigkeit und Aufnahmebereitschaft lösen.

Sie setzen auf Hilfe vor Ort, denn die Menschen werden in ihrer Heimat benötigt, um an einer stabilen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in ihren Herkunftsländern mitzuwirken. Großbritannien hat sich beispielsweise 2011 bei dem Militäreinsatz in Libyen beteiligt und 2015 bei Luftangriffen auf den sogenannten Islamischen Staat in Syrien. Kein anderes EU-Land hat so viel Geld für humanitäre Hilfe in Syrien ausgegeben wie Sie: bisher ca. 200 Mio. EUR. Außerdem verweisen Sie darauf, dass viele Flüchtlinge, die aktuell die EU erreichen, aus sicheren Flüchtlingslagern (z.B. in Jordanien und der Türkei) kommen. Wenn man die Lebensbedingungen dort verbessert, werden die Menschen sich Ihrer Meinung nach erst gar nicht auf den Weg in die EU-Staaten machen.

Flüchtlinge und Einwanderer sind Sache der Nationalstaaten und nicht der EU, das sollte auch so bleiben. Gemeinsame europäische Lösungen lehnen Sie ab. Sie sprechen sich, wie z.B. auch Polen oder Ungarn, entschieden gegen eine EU-weite Quotenregelung aus. Sie warnen davor, dass eine solche Politik die Fliehkräfte in der EU noch weiter verstärken könnte. Die EU-kritische Stimmung könnte auch in anderen Ländern weiter zunehmen.

Sie werden bis zum Austritt aus der EU auch weiterhin am Dublin-System festhalten und Flüchtlinge in die südlichen Mitgliedstaaten zurücksenden. Sie sehen dies nicht als Solidaritätsbruch. Ihrer Meinung nach hat sich das Dublin-System bewährt.

Eine Ausweitung der Frontex-Missionen oder anderer ziviler bzw. militärischer Missionen erachten Sie als sinnvoll, um illegale Migration besser zu verhindern. Hier würden Sie auf diesem Gebiet auch in Zukunft mit den EU-Staaten zusammenarbeiten.

### Ihre Argumente

Ihre nationale Souveränität ist Ihnen sehr wichtig, dazu gehört auch die Flüchtlingspolitik. Sie wollen weiterhin selbst entscheiden, wer in Ihr Land kommt. Sie können auch darauf verweisen, dass in großen Teilen Ihrer Bevölkerung eine EU-kritische Stimmung herrscht. Auch eine Ausweitung der Zuwanderung wird von diesen Personen abgelehnt. Dies war auch der Grund dafür, dass es eine Mehrheit für den Austritt aus der EU in Ihrem Land gab. Das Dublin-System hat sich Ihrer Meinung nach bislang bewährt und sollte daher nicht geändert werden. Sie verweisen dabei auf die bereits durchgeführten moderaten Reformen an diesem System.

Auch in Großbritannien gibt es viele Einwanderer und aktuell fast 39.000 Asylsuchende. Großbritannien ist ein klassisches Einwanderungsland. Durch die Vergangenheit als Kolonialmacht sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Migranten nach Großbritannien gekommen. In den 1950er und 1960er Jahren sind viele Einwanderer aus Afrika, der Karibik und dem indischen Subkontinent nach Großbritannien ausgewandert. In den letzten Jahren spielte die Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Staaten im Rahmen der Personenfreizügigkeit eine wichtige Rolle in der öffentlichen Diskussion.

Großbritannien beteiligt sich nicht am Schengen-Raum. Sie erachten Grenzkontrollen für die nationale Sicherheit noch immer als sehr wichtig. In den Bereichen Justiz und Polizei arbeiten Sie jedoch noch mit anderen EU-Staaten zusammen.

#### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie die Position Ihres Landes heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position Ihres Landes, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit Ländern aus, die ähnliche Argumente haben.

## Europäische Kommission



*Sie nehmen als Präsident/-in der Europäischen Kommission bzw. als Kommissar/-in für Migration, Inneres und Bürgerschaft am Sondergipfel teil.*

### Ihre Position

Sie sind von der aktuellen Flüchtlingssituation und von den katastrophalen Ereignissen der letzten Jahre tief betroffen und betonen, dass die EU alles tun müsse, um solche Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden! Sie erinnern an die Pflicht der EU, sich der Menschen anzunehmen, die Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung suchen.

Sie haben bereits 2013 den direkt betroffenen Staaten wie Italien Soforthilfen in Höhe von 30 Mio. Euro zugesagt. Dauerhaft kann den südlichen EU-Staaten geholfen werden, indem zum Beispiel Finanzmittel aus einem europäischen Fonds bereitgestellt werden. Es muss aber auch daran erinnert werden, dass Flüchtlingspolitik nicht nur die Mittelmeerstaaten betrifft. Schließlich sind die Asylbewerberzahlen auch in Deutschland, Ungarn oder Schweden sehr hoch. Insbesondere Deutschland trägt die Hauptlast.

Insgesamt sind Sie dafür, dass die EU Flüchtlinge aufnimmt und diese gerecht und solidarisch unter den Ländern verteilt. Dies kann durch eine Quotenregelung geschehen, bei der Ländergröße, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Mit einem gemeinsamen EU-Programm sollen die Kapazitäten für die Aufnahme gesteigert werden. Im September 2015 wurde beschlossen, 160.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien auf freiwilliger Grundlage auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Dies ist der richtige Weg.

Große Fortschritte erhoffen Sie sich vom Abkommen mit der Türkei. Gegen die Zahlung von zunächst 3 Mrd. Euro verpflichtet sich die Türkei, illegal über die Türkei eingereiste Flüchtlinge zurückzunehmen. Dafür sollen die EU-Staaten syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen. Die Kommission hat vorgeschlagen, solche Abkommen in Form von Migrationspartnerschaften auch mit den nordafrikanischen Staaten abzuschließen. Dadurch könnte der Migrationsdruck gesenkt werden, wenn diese Länder Flüchtlinge wieder zurücknehmen und im Gegenzug finanzielle Unterstützung erhalten.

Sie unterstützen außerdem die Idee einer von den Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten Frontex-Operation oder einer militärischen Seemission im gesamten Mittelmeer. Dabei soll es darum gehen, Menschenleben zu retten, aber auch die Schleuserkriminalität weiter zu bekämpfen. Eine solche Mission könnte durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert werden. Die Missionen „Triton“ und „Sophia“ sind hier gute Vorbilder.

Auch soll durch die EU-Entwicklungspolitik die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessert werden. Und die EU-Länder sollten sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Dadurch können Fluchtursachen langfristig beseitigt werden.

Sie erinnern daran, dass die EU-Staaten auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen sind. Gleichzeitig schlagen Sie vor, die Kontrollen an den EU-Außengrenzen zu verschärfen, um Menschenhandel und illegale Einwanderung zu stoppen. Daher hat die Kommission eine Europäische Migrationsagenda beschlossen. Darin sind die aus Sicht der Kommission wichtigen Grundsätze und Maßnahmen auf diesem Gebiet für die Jahre 2015 bis 2020 festgeschrieben. Die vier Bereiche dieser Agenda sind eine gemeinsame Asylpolitik, die Bekämpfung von Menschenhandel, die Prävention illegaler Zuwanderung und eine neue Politik zu legaler Migration.

## Ihre Argumente

Die EU ist eine Solidaritätsgemeinschaft. Die Aufnahme von Asylsuchenden durch alle EU-Staaten ist ein Akt der Solidarität. Außerdem sollte das Thema Migration mit einer ganzheitlichen und längerfristigen Strategie angegangen werden.

Sie sehen die Möglichkeit, dass weitere Flüchtlinge aufgenommen werden können. Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk nehmen die Industrieländer weltweit nur einen kleinen Teil aller Flüchtlinge auf. Die EU sollte mehr für den Flüchtlingsschutz tun. Aktuell stehen jährlich etwa 900 Mio. Euro für die humanitäre Hilfe zur Verfügung.

Die europäische Bevölkerung wird immer älter. Bis 2020 werden rund 20 Millionen legale Einwanderer gebraucht, die auch Steuern und Sozialabgaben leisten. Nur so können die europäischen Sozialsysteme finanzierbar bleiben. Der Wohlstand in Europa hängt also auch davon ab, wie Zuwanderer in die Arbeitswelt integriert werden.

Da mit dem Schengen-Abkommen die Grenzkontrollen zwischen den teilnehmenden Staaten abgeschafft wurden, ist es nicht zulässig, diese nun wieder einzuführen. Für zeitweilige Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums bei akuten Problemen sind Sie offen. Eine dauerhafte Schließung der Grenzen setzt aber eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Einigung aufs Spiel!

Das Dublin-System muss weiter verändert werden. Es bedarf eines EU-weiten Asylsystems. Die 2014 in Kraft getretenen Änderungen gehen Ihnen nicht weit genug. Außerdem sollte es einen Mechanismus für den Fall geben, dass EU-Länder von einem plötzlichen Flüchtlingsansturm betroffen sind (Quotenregelung für Asylsuchende und Flüchtlinge).

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Verfassen Sie ein kurzes Statement (ca. 2 min) zur Position der Europäischen Kommission, welches Sie in der Eröffnungsrunde vortragen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen Ihre Position so weit wie möglich durchzusetzen. Tauschen Sie sich mit den Vertreter/-innen der EU-Länder aus.
- Arbeiten Sie eng mit der/dem Präsident/-in des Europäischen Rates zusammen.

## Präsident/-in des Europäischen Rates



*Sie sind Präsident/-in des Europäischen Rates und haben die Vertreter/-innen der EU-Staaten sowie der Europäischen Kommission zu diesem Sondergipfel eingeladen.*

Als Präsident/-in des Europäischen Rates bereiten Sie die Treffen der Staats- und Regierungschefs vor, machen politische Vorschläge und leiten die Sitzungen. Sie sind verantwortlich für den reibungslosen Ablauf des Sondergipfels zur Asyl- und Flüchtlingsproblematik und die Einhaltung der Geschäftsordnung. Diese können Sie zu Beginn des Sondergipfels vorstellen. Sie versuchen, zwischen den unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten zu vermitteln. Ihr Interesse ist es, am Ende der Sitzung einen tragfähigen Kompromiss zu finden, mit dem alle EU-Staaten einverstanden sind.

### Ihre Position

Sie vertreten die EU nach außen und haben die Rolle eines Moderators in der Runde der Staats- und Regierungschefs. Richten Sie danach auch Ihr Auftreten. Ihr Ziel ist es, möglichst alle Anwesenden einzubinden und einen Kompromiss zu erzielen. Sie möchten am Ende des Gipfels eine Einigung vermelden können, damit die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen kann.

Sie stimmen sich mit der Europäischen Kommission ab, um eine gemeinsame Position zu finden. Es ist wichtig, dass die EU-Organe mit einer Stimme sprechen. Falls die Vorschläge der Kommission für die EU-Staaten zu weitreichend sind, sollten Sie auch darauf achten, dass Sie die Position der Kommission für einen möglichen Kompromiss angemessen berücksichtigen.

Lassen Sie zunächst alle Länder und die Kommission ihre jeweiligen Positionen vorstellen. Anschließend können Sie in offener Debatte und informellen Verhandlungen versuchen, einen Kompromiss zu finden.

Falls es einzelne Punkte gibt, bei denen die Meinungen zu weit auseinanderliegen, können Sie vorschlagen, diese auch auszuklammern und zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren. Versuchen Sie aber immer, dass wenigstens in einigen Punkten Einigkeit zwischen den Mitgliedsländern besteht.

## Ihre Argumente

Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass seit dem Jahr 2000 über 25.000 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer in die EU ums Leben gekommen sind. Für die EU, die sich international für die Menschenrechte einsetzt, ist die aktuelle Situation nicht tragbar. Auch die „Flüchtlingskrise“ 2015 hat gezeigt, dass die Europäische Union nun handeln muss. Nicht-Entscheiden bedeutet, dass die EU handlungsunfähig ist. Durch Handlungsunfähigkeit stehen das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel. Schon heute haben nur noch 34 Prozent der EU-Bevölkerung ein positives Bild von der EU. Vor etwa 10 Jahren waren es noch über 50 Prozent.

Sie können darauf verweisen, dass auch die Bevölkerung in den EU-Staaten erwartet, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten Lösungen beschließen. Kein anderes Thema ist für die Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig so wichtig. In den Umfragen zur öffentlichen Meinung in den EU-Staaten gaben 58 Prozent (Herbst 2015) bzw. 48 Prozent (Frühjahr 2016) der Befragten an, dass die Migration das aktuell wichtigste Thema in der EU sei.

Sie wissen, dass Flüchtlingspolitik, Asyl und Migration Bereiche sind, die lange Zeit von den einzelnen Mitgliedstaaten und nicht von der EU geregelt wurden. Auch heute entscheiden letzten Endes die Mitgliedstaaten darüber, ob es in diesen Fragen gemeinsame Lösungen gibt. Diese Tatsache müssen Sie respektieren.

Erinnern Sie die Staats- und Regierungschefs auch daran, dass es sich die EU nicht leisten kann, immer nur kurzfristige Lösungen zu finden. Das Thema Asyl und Flucht muss im Gesamtkontext der Migration gesehen werden.

Sie erinnern aber daran, dass die Solidarität ein Grundsatz der EU ist und dass die Mitgliedstaaten auch bei diesen Themen seit einigen Jahren schon zusammenarbeiten. Deshalb sollten alle Akteure an einer gemeinsamen Lösung interessiert sein. Machen Sie deutlich, dass die Europäische Union sich ihrer internationalen Verantwortung stellen muss. Als wirtschaftlich starke Region trägt die EU Mitverantwortung für eine sichere und friedliche Welt.

### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Verfassen Sie eine Rede, mit der Sie den Sondergipfel eröffnen.
- Stellen Sie die Geschäftsordnung vor und sorgen Sie für deren Einhaltung während des Gipfeltreffens.
- Leiten und moderieren Sie die Diskussionen.
- Versuchen Sie, in den Verhandlungen zu vermitteln und Kompromisse auszuhandeln.

## Freie/r Journalist/-in

*Sie sind freie/r Journalist/-in und arbeiten für verschiedene überregionale Zeitungen.*



### Ihre Position

Politikexperten haben den Vorschlag gemacht, durch sogenannte Mobilitätspartnerschaften Staaten die Möglichkeit zu geben, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsmigranten für eine begrenzte Zeit in ein EU-Land zu senden. Was halten die EU-Staaten davon? Sind sie bereit, die Voraussetzungen zu schaffen, dass angesichts des Fachkräftemangels mehr Migranten nach Europa kommen können?

Die EU könnte an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie sich beim Flüchtlingsschutz nicht an ihre eigenen Werte hält. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention haben sich die EU-Staaten verpflichtet, Flüchtlinge zu schützen. Müssen die EU-Staaten und EU-Organe in der aktuellen humanitären Katastrophe nicht mehr Engagement zeigen?

Die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge in einigen EU-Mitgliedstaaten leben müssen, werden von Menschenrechtsorganisationen und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit Jahren kritisiert. In einem griechischen Auffanglager fanden Mitarbeiter einer Menschenrechtsorganisation überfüllte Räume vor. Das Abwasser lief über den Boden, der Geruch war nur schwer zu ertragen. In Ungarn werden, so die Kritik, Flüchtlinge kriminalisiert und in so genannten Transit-zonen faktisch inhaftiert, bevor sie meistens nach Serbien abgeschoben werden.

Sie fragen sich, ob die europäische Grenzschutzagentur Frontex eine Mitschuld trägt, wenn sie Flüchtlinge wissentlich Bedingungen aussetzt, die gegen internationale Menschenrechtsstandards verstoßen. Sie möchten von den Staats- und Regierungschefs wissen, ob diese bereit sind, die Regeln für Frontex-Einsätze zu verschärfen und den Schutz der Menschenrechte zu stärken.

### Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit ausgewogen darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Sie versuchen, überall präsent zu sein.

#### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln. Oder führen Sie Interviews.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.

## Pressereferent/-in von PRO ASYL

*Sie arbeiten in der Öffentlichkeits- und Presseabteilung von PRO ASYL*

### Ihre Position

Sie setzen sich dafür ein, dass die EU-Staaten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik eine gemeinsame Position finden, die die Lebensumstände von Flüchtlingen besser berücksichtigt. Sie fragen, ob die EU nicht schon zu lange die Augen vor der unmenschlichen Situation in anderen Weltregionen verschlossen hat.

Mitarbeiter Ihrer Organisation haben festgestellt, dass z.B. Auffanglager in Italien hoffnungslos überfüllt und die Flüchtlinge oft auf sich alleine gestellt sind. Sie fragen sich, was Italien, die anderen EU-Staaten und die EU-Institutionen dagegen unternehmen wollen. Viele Flüchtlinge berichteten, wie gefährlich die Überfahrt nach Europa war. Viele haben alles verkauft, um mit dem Geld Schleuser bezahlen zu können. Ganz zu schweigen von den Menschen, die bei der Flucht über das Mittelmeer ums Leben kamen.

Sie möchten von den Staats- und Regierungschefs wissen, was die EU-Staaten unter Solidarität verstehen, wenn sie es nicht schaffen, eine gemeinsame Lösung in der Flüchtlingsfrage zu finden.

Sie wissen, dass vielen Flüchtlingen ihr Recht auf Zugang zum Asylverfahren in den östlichen EU-Staaten verwehrt wird und sie bereits an den EU-Außengrenzen abgewiesen werden. Die Tendenz, sich abzuschotten (z.B. mit dem Bau von Grenzzäunen oder Grenzschließungen) hat sich 2015 in Ländern wie Ungarn oder Österreich noch verstärkt. Sieht so der Einsatz für Menschlichkeit aus?

Sie fragen die Staats- und Regierungschefs, ob angesichts der Entwicklungen in der Türkei das EU-Türkei-Abkommen gescheitert ist. Kann ein solches Land noch Partner der EU sein?

### Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Dabei schauen Sie aus dem Blickwinkel einer Flüchtlingshilfsorganisation auf die EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik.

#### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln. Oder führen Sie Interviews.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.

## Journalist/-in im Auftrag des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)

*Sie sind Journalist/-in im Auftrag von UNHCR. Dort schreiben Sie für den Newsletter von UNHCR und veröffentlichen Artikel auf der Homepage.*



### Ihre Position

Im Jahr 2015 waren weltweit über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, davon waren rund 21,3 Millionen internationale Flüchtlinge. Insgesamt gab es 3,2 Mio. Asylbewerber weltweit. Die meisten Flüchtlinge kommen aus den Ländern Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia sowie Südsudan und Sudan oder dem Kongo. Die meisten Flüchtlinge leben in der Türkei (ca. 2,5 Mio.), in Pakistan (ca. 1,6 Mio.) und im Libanon (1,1 Mio.). In Europa waren 2015 etwa 1,8 Mio. Flüchtlinge. Über 60 Prozent der Flüchtlinge sind in asiatischen Ländern zu finden. Dies liegt daran, dass die meisten Menschen in ihre Nachbarländer fliehen.

Müsste angesichts dieser Zahlen die EU nicht mehr für die Flüchtlinge weltweit tun? UNHCR fordert, dass die EU-Staaten noch viel mehr Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen aufnehmen, angesichts des Wohlstandes in den EU-Staaten eine für sie machbare Aufgabe. Außerdem fragen Sie die Staats- und Regierungschefs, ob ein Ausbau der Finanzmittel und der Unterstützung für UNHCR und deren Flüchtlingsarbeit vorgesehen ist.

Ihrer Meinung nach müssen die Länder dafür sorgen, dass Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion friedlich zusammenleben können. Der Aufbau von toleranten und offenen Gesellschaften ist ein langsamer und sensibler Prozess. Es ist die Aufgabe aller Staaten, dies anzuerkennen und dementsprechend zu agieren. Flüchtlinge dürfen nicht zu Opfern einer Anti-Einwanderungshaltung und -politik werden. Wie sehen das Länder mit restriktiver Politik, z.B. Dänemark, Polen, die Slowakei oder Ungarn?

### Rolle als Journalist/-in

Sie wollen die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Ergebnisse auf dem Sondergipfel erzielt wurden. Dabei schauen Sie aus dem Blickwinkel einer Flüchtlingshilfsorganisation auf die EU-weite Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie versuchen, überall präsent zu sein, müssen aber damit leben, falls es zu geheimen Gesprächen und Verhandlungen kommen sollte.

#### Arbeitsaufträge:

- Lesen Sie sich Ihre Rollenbeschreibung durch und arbeiten Sie Ihre Position heraus.
- Versuchen Sie, während der Verhandlungen so viele Eindrücke, Meinungen und Informationen wie möglich zu sammeln. Oder führen Sie Interviews.
- Schreiben Sie regelmäßig kurze Berichte und Schlagzeilen über den Verlauf des Sondergipfels.



## **Geschäftsordnung des Europäischen Rates**

### Art. 1

Die Ratssitzungen werden von dem Präsidenten/der Präsidentin des Europäischen Rates eröffnet und geleitet.

### Art. 2

An allen Verhandlungen nimmt auch der Präsident/die Präsidentin der Europäischen Kommission teil. Bei speziellen Tagesordnungspunkten können weitere Kommissar/-innen hinzugezogen werden. Alle Vertreter/-innen der Kommission verfügen über das volle Rederecht, sind jedoch nicht stimmberechtigt.

### Art. 3

Der Vorsitz legt in Einverständnis mit den Vertreter/-innen der Mitgliedstaaten die Tagesordnung und den Zeitplan der Sitzungen fest.

### Art. 4

Die Sitzungen beginnen mit einem „Tour de Table“, in dem jedes Mitglied des Rates ein kurzes Statement zum jeweiligen Tagesordnungspunkt abgibt.

### Art. 5

Der Vorsitz ist verantwortlich für die Einhaltung dieser Geschäftsordnung und die ordentliche Durchführung der Verhandlungen. Er erteilt das Rederecht und kann hierfür eine zeitliche Höchstdauer für die einzelnen Redebeiträge festlegen.

### Art. 6

Es gilt während der gesamten Ratssitzung die höfliche Anrede.

### Art. 7

Die endgültige Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich im Konsens. Die Auffassungen der Kommission werden hierbei berücksichtigt. Das Ergebnis wird schriftlich in einem Abschlussdokument festgehalten.

### Art. 8

Der Präsident/die Präsidentin des Europäischen Rates verkündet das Ergebnis und schließt das Gipfeltreffen. Die Vertreter/-innen der Mitgliedstaaten unterzeichnen das Abschlussdokument.



**Abschlusserklärung des Europäischen Rates  
vom \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_201\_**

DER EUROPÄISCHE RAT HAT FOLGENDE GEMEINSAME SCHLUSSFOLGERUNG  
ANGENOMMEN:

# M6: Glossar zum Planspiel

## Genfer Flüchtlingskonvention

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge wurde 1951 verabschiedet. Es definiert, wer als Flüchtling bezeichnet werden kann, welche Pflichten, v. a. aber welche Rechte dieser besitzt. Neben Rechten wie z.B. dem Schutz vor Diskriminierung ist ein Flüchtling vor Ausweisung geschützt: „Keiner der vertragsschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ (Art.33 I GFK)

## Flüchtling

Ein Flüchtling ist eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“ (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, Definition UNHCR)

## Illegale Einwanderung

Als sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet man „illegale“ Einwanderer, die in ihrem Heimatland nicht verfolgt wurden, sondern aufgrund der dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse fliehen. Wirtschaftsflüchtlinge kommen in der Hoffnung auf Arbeit und Wohlstand nach Europa. Oft ist es schwierig, Flüchtlinge und „illegale“ Einwanderer zu

unterscheiden. „Illegale“ Einwanderer können ohne Papiere nach Europa reisen und dort angeben, in ihrem Heimatland politisch oder religiös verfolgt zu werden. Die Überprüfung der Angaben ist oftmals schwierig.

## Asylbewerber

Ein Asylbewerber ist ein Einwanderer, der in einem fremden Staat einen Asylantrag stellt, d.h. um Aufnahme und Schutz bittet. Im Laufe des Asylverfahrens kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Asylsuchenden um einen Flüchtling handelt, sodass der Staat verpflichtet ist, diesem Schutz zu gewähren.

## Frontex

Durch den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EU-Staaten schützen die EU-Staaten ihre Außengrenzen nun gemeinsam. Hierfür wurde 2004 die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU (Frontex) gegründet.

Frontex koordiniert und unterstützt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen. Durch eigene Frontex-Missionen (z.B. „Triton“ und „Sophia“) soll die Sicherung der EU-Außengrenzen gewährleistet werden. Hierbei kam es auch vor, dass Flüchtlingsboote z.B. auf hoher See abgefangen und zurück zu ihren Ursprungshäfen eskortiert wurden. Des Weiteren bildet Frontex Grenzschutzbeamte aus.

Frontex wird von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen kritisiert, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, das Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention zu verstoßen. Frontex würde auf hoher See nicht prüfen, ob sich Asylberechtigte auf

den Flüchtlingsbooten befinden. Frontex hingegen behauptet, den Flüchtlingen zu helfen, sie sogar zu retten und sie nicht zur Umkehr zu zwingen.

### **Dublin-System**

Das Dublin-System (mittlerweile Dublin III-Verordnung) ist Teil des EU-Rechts. Es erlaubt einem Staat, Flüchtlinge bereits an seiner Grenze abzuweisen, sofern sie über einen anderen EU-Staat einreisen. Kommt also ein Flüchtlingsboot an der italienischen Küste an und reisen die Flüchtlinge anschließend nach Deutschland weiter, kann Deutschland diese nach Italien abschieben, da Italien als EU-Land für das Asylverfahren zuständig ist. Natürlich kann ein Staat Flüchtlingen auch freiwillig gestatten, das Asylverfahren im eigenen Land zu durchlaufen.

Hintergrund der Dublin-Verordnung war die Schaffung einer europaweiten Zuständigkeitsregelung, die mit der Abschaffung nationalstaatlicher Grenzkontrollen notwendig geworden war. Einerseits sollte das sogenannte „asylum shopping“ (Asylanträge in verschiedenen Ländern durch den selben Flüchtling) unterbunden und andererseits verhindert werden, dass Asylsuchende zwischen Mitgliedstaaten hin- und hergeschoben werden, ohne Chance auf inhaltliche Prüfung ihres Anliegens.

Kritisiert wird an dieser Regelung, dass die Asylverfahren in den Ländern stark variieren und dass das Dublin-System die Flüchtlingsproblematik auf die EU-Grenzstaaten abwälzt.

Mit der Dublin III-Verordnung von 2013 dürfen Asylbewerber nur dann abgeschoben werden, wenn gegen das Asylverfahren in

dem jeweiligen Land keine Bedenken bestehen. Bedenken gibt es beispielsweise, wenn in einem Land die Zustände in den Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge unzumutbar sind.

### **Der Schengen-Raum**

Die Schengen-Übereinkunft ist ein Abkommen der meisten EU-Staaten und einiger europäischer Nicht-EU-Staaten. Es regelt den kontrollfreien grenzüberschreitenden Verkehr zwischen diesen Staaten. Das Territorium dieser Staaten bezeichnet man als Schengen-Raum. Die Schengen-Staaten verfolgen eine gemeinsame Visa-Politik und sichern ihre Außengrenzen nach gemeinsamen Standards.

### **Solidarität**

Der Ausdruck Solidarität kann einerseits das Gefühl der Gemeinsamkeit und der Übereinstimmung und andererseits eine Haltung des füreinander Einstehens beschreiben. Die EU bezeichnet sich selbst als solidarische Gemeinschaft, wobei Solidarität sowohl als Wert (Art. 2, 3) als auch als Aufgabe (Art. 3 EU-Vertrag) betrachtet wird. Immer wieder werden Staaten der EU zur Solidarität aufgerufen. Was dies im konkreten Fall jedoch bedeutet, ist oft unklar.

### **Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)**

Zwischen 2014 und 2020 sollen Projekte in den EU-Staaten, die in den Bereichen Integration und Asyl sowie Rückkehr in die Heimatländer angesiedelt sind, mit insgesamt 3,1 Mrd. Euro gefördert werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Lasten der einzelnen EU-Staaten gemeinschaftlich getragen werden. Der Fonds dient lediglich der Ergänzung.

# M7: Lösungsvorschläge

## 1) Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten

Flüchtlinge werden innerhalb der EU nach bestimmten Quoten auf die Mitgliedsländer verteilt. Bei der Ermittlung von Aufnahmequoten könnten zum Beispiel Faktoren wie die Wirtschaftskraft (BIP), Bevölkerungszahl, die Fläche eines Mitgliedstaats, Arbeitslosigkeit oder die Zahl bereits aufgenommenen Flüchtlinge berücksichtigt werden. Ein Quotensystem kann sich sowohl auf die Aufnahme von Flüchtlingen selbst als auch auf die Verteilung von Asylsuchenden beziehen.

Es kann im Rahmen der EU-Rechtsetzung ein verbindliches System eingeführt werden. Die Staaten können sich jedoch auch auf eine freiwillige Regelung verständigen. Es ist auch möglich, dass sich nur die EU-Staaten auf ein solches Modell einigen, die daran teilnehmen wollen.

Problematisch ist hierbei, dass die Bedürfnisse der Flüchtlinge nur unzureichend berücksichtigt werden können. Das heißt, zu klären wäre auch, wie in der Praxis die Verteilung der Flüchtlinge genau geregelt werden könnte, ohne die Menschen willkürlich „hin- und herzuschieben“.

## 2) Verteilung der Kosten nach Quoten, Schaffung eines gemeinsamen EU-Flüchtlingsfonds

Die Überlegung hierbei ist, die Kosten von Aufnahme, Aufenthalt und Asylverfahren auf die EU-Ebene zu verlagern und auf alle EU-Staaten zu verteilen. Die EU könnte beispielsweise einen gemeinsam finanzierten

Flüchtlingsfonds schaffen, in den alle Mitgliedstaaten einzahlen und nach der Anzahl der tatsächlich aufgenommenen Flüchtlinge Ausgleichszahlungen erhalten.

Die Höhe der Beitragszahlungen könnte wiederum über bestimmte Quoten wie die Wirtschaftskraft (BIP), Bevölkerungsgröße oder Arbeitslosigkeit der Länder bestimmt werden. Die Flüchtlinge und Asylbewerber müssten nicht zwingend umverteilt werden, da EU-Staaten mit vielen Flüchtlingen oder Asylbewerbern mehr Geld erhalten.

## 3) Relocation und Resettlement

Eine weitere Möglichkeit stellt die sogenannte Relocation dar. Dabei werden Flüchtlinge, die sich in einem EU-Land befinden, von anderen EU-Ländern aufgenommen. Dies wäre eine Form von Solidarität zwischen den EU-Staaten.

Bei Resettlement werden Flüchtlinge von Ländern aufgenommen, um ihnen eine dauerhafte Bleibe zu ermöglichen. Diese Maßnahme zielt in erster Linie auf Flüchtlinge und Schutzbedürftige ab, in deren Heimatländern sich die Lage auf absehbare Zeit nicht verbessern wird.

Bei beiden Möglichkeiten entscheiden die Länder selbst, ob sie sich beteiligen wollen. Auch darüber, wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, können die Staaten selbst entscheiden.

## 4) Ausbau von Frontex

Die Grenzschutzagentur Frontex könnte von den Mitgliedstaaten mit deutlich mehr finanziellen Mitteln und Kompetenzen ausgestattet

werden und ihre Einsätze an den Außengrenzen stark ausweiten. Zu diskutieren ist, ob der Schwerpunkt dabei eher auf der Grenzsicherung (d.h. der Abwehr von „irregulären Migranten“) oder stärker auf humanitärer Hilfe für Flüchtlinge (z.B. Seenotrettung) liegen sollte. In der Diskussion ist auch, dass durch Frontex-Missionen Schlepper- und Schleuserbanden bekämpft werden sollen. Weiterhin könnten auch militärische Missionen zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität oder Seenotrettung beschlossen werden (z.B. Einsatz der Marine im Mittelmeer).

### **5) Legale Einwanderungsmöglichkeiten und Migrationspartnerschaften**

Im Bereich der Arbeitsmigration können legale Möglichkeiten geschaffen werden, um es Migranten zu ermöglichen, in den EU-Staaten zu arbeiten.

Mit Ländern, die an die EU angrenzen oder die Transitländer für Migranten, insbesondere Flüchtlinge sind, können Migrationspartnerschaften ausgehandelt werden. Dadurch kann die Zahl der Migranten, die in die EU kommen, reduziert werden.

# Informationsquellen und Literatur

Angenendt, Steffen, David Kipp und Anne Koch: Grenzsicherung, Lager, Kontingente: Die Zukunft des europäischen Flüchtlingsschutzes?

(online unter: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A30\\_adt\\_kpp\\_koh.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A30_adt_kpp_koh.pdf))

Angenendt, Steffen, Anne Koch, Amrei Meier: 2020 - Wie Deutschland und die EU die größte Flüchtlingskrise der Nachkriegszeit bewältigten (online unter: [http://www.swp-berlin.org/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/foresight\\_2015.html](http://www.swp-berlin.org/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/foresight_2015.html))

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 47/2013: Europas Grenzen (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung) (online unter: [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/172384/europas-grenzen](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/172384/europas-grenzen))

Deutschland & Europa 60 (2010): Migration in Europa (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) (online unter: [www.deutschlandundeuropa.de/60\\_10/migration.htm](http://www.deutschlandundeuropa.de/60_10/migration.htm))

Deutschland & Europa 71 (2016): Neue Herausforderungen der Friedens- und Sicherheitspolitik (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) (online unter: [http://www.deutschlandundeuropa.de/71-16/herausforderung\\_sicherheitspolitik.htm](http://www.deutschlandundeuropa.de/71-16/herausforderung_sicherheitspolitik.htm))

Die europäische Migrationsagenda (hrsg. von der Europäischen Kommission) (online unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1449677641016&uri=CELEX:52015DC0240>)

El-Gawhary, Karim, Mathilde Schwabeneder: Auf der Flucht: Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers, Bonn 2016

Europas umstrittene Flüchtlingspolitik (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung) (online unter: [www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-10-lampedusa/](http://www.eurotopics.net/de/home/debatten/links-2013-10-lampedusa/))

EU-Flüchtlingspolitik (hrsg. von Pro Asyl e.V.) (online unter: [www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/](http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/))

Homepage der EU-Grenzschutzagentur Frontex (online unter: <http://frontex.europa.eu/>)

Homepage der UNHCR-Vertretung für Deutschland und Österreich (online unter: [www.unhcr.de/](http://www.unhcr.de/))

Newsletter Migration und Integration (hrsg. vom Netzwerk Migration in Europa e.V.) (online unter: [www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/](http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/))

Reportagen über Flüchtlinge aus Afrika: Der Traum vom Leben in Europa (online unter: [www.tagesschau.de/auslandfluechtlinge292.html](http://www.tagesschau.de/auslandfluechtlinge292.html))

Richter, Michael: Fluchtpunkt Europa: Unsere humanitäre Verantwortung, Bonn 2015

Rinne, Ulf und Klaus F. Zimmermann: Zutritt zur Festung Europa? Neue Anforderungen an eine moderne Asyl- und Flüchtlingspolitik (online unter: <http://ftp.iza.org/sp75.pdf>)



# Planspiel: Flüchtlinge willkommen?

Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur vor Ort gestalten



Erneut ist bei der Landeszentrale ein Planspiel erschienen, das sich mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik befasst. Im Planspiel wird eine Einwohnerversammlung simuliert, bei der es darum geht, wie eine Kommune mit der Aufnahme von Flüchtlingen umgeht und wie Willkommenskultur und Integration vor Ort gelingen kann. Das Planspiel bietet die Möglichkeit, sich mit den aktuellen Entwicklungen auseinanderzusetzen, kommunale Entscheidungsprozesse zu verstehen und Strukturen nachzuvollziehen. Die Themen Integration und Willkommenskultur können so vermittelt werden. Das Heft enthält eine thematische Einführung sowie methodische und didaktische Hinweise.

Das Planspiel eignet sich für den Einsatz an allen weiterführenden Schulen ab der 8. Klasse und kann in der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen ab 14 Jahren genutzt werden. Zusatzmaterialien zum Planspiel finden sich im Internet: [www.lpb-heidelberg.de/planspiel\\_fluechtlinge\\_willkomme.html](http://www.lpb-heidelberg.de/planspiel_fluechtlinge_willkomme.html).



**Bestellung: 2.- Euro zzgl.** Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

# Leben in Deutschland

Unterrichtsmaterial für Orientierungskurse



Diese Lehr- und Lernfibel enthält Materialien für Orientierungskurse mit Flüchtlingen. Sie eignet sich auch für Gruppen, die gerade beginnen, Deutsch zu lernen. Alle Texte sind in einfacher Sprache verfasst und mit einer Vielzahl von Fotos und Zeichnungen kombiniert.

„Leben in Deutschland“ enthält die wichtigsten Themen für die Erstorientierung und vermittelt Basiswissen zu diesen Themen. Einfache Beispiele aus dem Alltag bieten die Grundlage für den Austausch über Werte und wechselseitige Erwartungen von Migranten und der Aufnahmegesellschaft. Im Vordergrund steht dabei die Bedeutung von Freiheit, Toleranz für ein selbstbestimmtes Leben und konstruktives Miteinander in der Gesellschaft.

Die Inhalte sind auf die Vorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Orientierungskurse abgestimmt.



**Bestellung: 5,00 €** zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop)

